

Nach dem Ende des Golfkrieges:

Gesellschaftliche Probleme ungeelöst

Nach acht Jahren, 1 Mio. Toten, 1,7 Mio. Verletzten und 370 Mrd. US-Dollar Kosten scheint der Krieg zwischen Iran und Irak zu Ende zu gehen.

Nicht die UNO-Waffenstillstandsresolution 598, sondern die politische, wirtschaftliche und militärische Erschöpfung beider Seiten ist die Ursache des Friedensschlusses.

Im Februar 1979 stürzten die iranischen Massen das Shah-Regime. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse gelangten islamische Fanatiker unter Ayatollah Khomeini an die Macht. Iraks Diktator Saddam Hussein fürchtete die Auswirkungen der iranischen Revolution im Irak. In der Hoffnung auf einen schnellen Sieg kündigte Hussein den 1975 geschlossenen Vertrag von Algier, der die iranisch-irakische Grenz-

mit dem Sternbanner ausgeflaggt - liefen unter US-Schutz durch den Golf. Als der Irak die US-Fregatte „Stark“ versenkte, begnügte sich die USA mit der Entschuldigung Husseins, es habe sich um ein Versehen gehandelt. Gleichzeitig wurde der militärische Druck auf den Iran verstärkt. Der gezielte Airbus-Abschuß mit 290 Toten war imperialistischer Staatsterrorismus zur Einschüchterung des Iran. Wachsende Kriegsmüdigkeit, irakische Geländegewinne und die allgemeine Aussichtslosigkeit, den Krieg zu gewinnen, ließen die iranische Führung auf ein rasches Kriegsende drängen. Auch die Supermächte wollten eine sofortige Beendigung des Krieges, um den Rest an Stabilität in der Region zu retten.

Eine Inflationsrate von 50%, mindestens 20% Arbeitslosigkeit, die extreme Raketenangriffe auf iranische Großstädte und die brutale Unterdrückung zermürbten die Bevölkerung. Laut Berichten kam es in zahlreichen Städten zu Antikriegsdemonstrationen und Streiks.

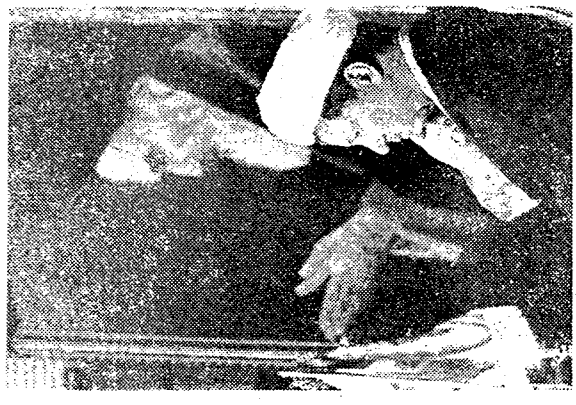
Parlamentssprecher Rafsandschani, zur Zeit der „starke Mann“ im Iran, sah die Gefahr: „Wir könnten nicht nur vor einer Katastrophe auf dem Schlachtfeld stehen, sondern auch vor dem Zusammenbruch des ganzen Regimes. Wir könnten alle auf dem Teheraner Hauptplatz baumeln.“

Auseinandersetzen in iranischer Führung

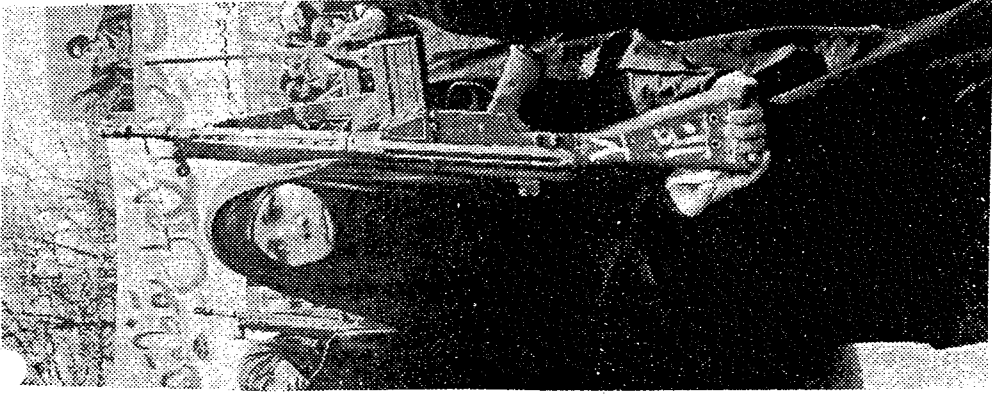
Noch vor zwei Monaten hatte Khomeini verkündet: „Wer den Frieden mit Saddam will, ist ein Verräter am Geist des Propheten.“ Es hat eine Machtverschiebung innerhalb der iranischen Führung gegeben. Der radi-

US-Intervention

Um die befürchtete Destabilisierung der ganzen Golfregion zu verhindern, griffen die USA immer massiver direkt ein. Die irakische Seite versuchte alles, um den Konflikt zu eskalieren und die Imperialisten zum offenen Eingreifen zu zwingen. Die Flottenpräsenz der Nato wurde auf 70 Schiffe verstärkt, kuwaitische Öltanker - nun



Hashemi Rafsandschani, Irans „starker Mann“, möchte nicht „auf dem Teheraner Hauptplatz baumeln“.



Trotz der islamischen Deformation stellte die iranische Revolution eine Bedrohung der imperialistischen Interessen dar.

kalislamische Flügel um Ayatollah Montazeri, der Rafsandschani wegen der geheimen Waffengeschäfte mit den USA „Kumpanei mit dem amerikanischen Teufel“ vorwarf, ist zurückgedrängt worden.

Doch auf verzerrte Weise bringen diese Äußerungen verschiedener Flügel der Führung die mächtigen Klassensengensätze zum Ausdruck. Der Trend zur bonapartistischen Machtkonzentration ist deutlich. Die einzige legale Partei (Islamisch-Republikanische Partei) wurde aufgelöst. Rafsandschani bekam die Funktion des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Als seine Reorganisationsversuche am Ge-

gensatz zwischen regulärer Armee und den Freiwilligenverbänden (Basidsch) scheiterten, strebte er das Kriegsende an, um die Macht der Mullahs zu retten: „Unsere Feinde meinen, wir werden bald verschwinden. Wo sollen wir hin? Habt ihr jemals erlebt, daß ein Mullah etwas aus freien Stücken zurückgibt, das er gerade bekommen hat?“

Ihren Willen zum Machterhalt hat die iranische Führung deutlich dokumentiert: mindestens 50.000 politische Morde, bestialische Folterungen von Gefangenen, mittelalterliche Unterdrückung der Frauen, Einsatz von 10.000en Kindern als „Minensucher“ im Krieg, Unterdrückung nationaler Minderheiten (z.B. Kurden) usw.

Massen unzufrieden

Dafür hat die iranische Bevölkerung nicht den Shah gestürzt! Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Massen hat Khomeini jetzt Gesetze zur Landreform, Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols und andere drastische Wirtschaftsmaßnahmen angekündigt.

Wenn jetzt der Krieg zu Ende geht, entfällt die außenpolitische Entschuldigung des Regimes für die Mißstände im Land. Jetzt werden die Arbeiter und Bauern Verbesserungen sehen wollen. Der Friedenszustand kann für die Herrschenden im Iran zu noch größeren Problemen führen als der Kriegszustand.

Ähnliche Schwierigkeiten werden auf das Hussein-Regime im Irak zukommen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau könnte dort trotz geringerer Kriegszerstörungen als im Iran schwerer werden: Vor dem Krieg verfügte der Irak über 35 Mrd. Dollar Währungsreserven, jetzt muß er 60-80 Mrd. Dollar Auslandsschulden abtragen. Dazu wird Hussein den Lebensstandard der Massen angreifen müssen.

Die während des Krieges angestaute Unzufriedenheit und Empörung der Massen wird jetzt im Iran und im Irak zum Ausdruck kommen und kann sich schnell auch in anderen Golfstaaten, Kuwait und Saudiarabien zeigen. Wirkliche Stabilität kann nur unter Führung der Arbeiterklasse in einer Föderation sozialistischer Staaten des Nahen Ostens geschaffen werden.

Faruk Golamie

Golfkrieg

USA raus aus dem Golf!

Für eine sozialistische Förderation im Nahen Osten!

Schon seit sieben Jahren dauert der blutige Krieg zwischen Iran und Irak an. Jetzt droht mit dem verstärkten Eingreifen der USA im Persischen Golf eine weitere Eskalation des Konfliktes.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nahm der Einfluß des US-Imperialismus im Nahen Osten auf Kosten Großbritanniens massiv zu. In der Rolle des Weltpolizisten stützten sich die USA vor allem auf Israel und auf die Shah-Diktatur im Iran, um die Kontrolle über die Region zu behalten. Damit wurden zum einen gegen die UdSSR gerichtete strategische Interessen verfolgt und zum anderen fast ungehindert die Rohstoffquellen ausgebeutet. In der gesamten Ölindustrie dominierten US-Firmen.

Sturz der Shah-Diktatur

Eine revolutionäre Massenbewegung, unter entscheidender Beteiligung der Arbeiter aus den Ölförderungsgebieten, stürzte im Frühjahr 1979 die verhaßte Shah-Diktatur im Iran. Die fünfstärkste Armee der Welt, die der Shah mit Hilfe der USA aufgebaut hatte, brach unter dem Ansturm der Massen zusammen. Weil eine marxistische Führung der Arbeiterklasse fehlte, blieb die Revolution un-

vollendet. Die Stalinisten spielten eine verräterische Rolle, indem sie eine sozialistische Revolution verhinderten. Dadurch hatten sie schon früher das reaktionäre Regime der Baath-Partei im Irak an die Macht gelassen. Im Iran unterstützte die stalinistische Tudeh-Partei die islamischen Fundamentalisten unter Führung Khomeinis, die – einmal an der Macht – alles taten, um gestützt auf die Kleinbourgeoisie und politisch rückständige Teile der Bevölkerung den Kapitalismus im Iran aufrechtzuerhalten. Um die Arbeiter und Bauern zu betrügen, bediente sich Khomeini massiver antiamerikanischer Propaganda.

Die wachsende Unruhe dehnte sich in der ganzen Region aus. Die UdSSR marschierte in Afghanistan ein, um ihr dortiges Marionetten-Regime zu stützen.

Irak beginnt den Krieg

Der Irak unter der Diktatur Saddams Husseins wollte die Gunst der Stunde nutzen und die Ölfelder im Sü-

den Irans besetzen. Wohlwollendes Zuschauen des US-Imperialismus begleitete den irakischen Angriff. Auch die russische Bürokratie unterstützte den Irak. Beide Supermächte fürchteten den Zusammenbruch des bestehenden Zustandes und die Entwicklung weiterer revolutionärer Bewegungen in einer Region. Hussein erhoffte einen raschen Sieg, doch er unterschätzte die Dynamik einer Revolution. Die iranischen Massen sahen im irakischen Angriff eine Bedrohung ihrer Revolution. Das Khomeini-Regime, das unter dem Deckmantel einer „Islamischen Revolution“ in Wirklichkeit blutige Reaktion betreibt, wurde sogar noch gestärkt, da es unter Hinweis auf den äußeren Feind vor inneren Problemen ablenken konnte.

Nach anfänglichen militärischen Erfolgen, aufgrund erheblich besserer technischer Ausrüstung und einer starken Luftwaffe, befindet sich der Irak jetzt in der schwächeren Position. Im Vergleich zum Irak verfügt der Iran über eine dreimal so starke Bevölkerung und Wirtschaft. Die reaktionären arabischen Regimes und der Imperialismus verstärkten ihre Unterstützung für den Irak. Rüstungsfirmen aus der ganzen Welt erzielten Riesenerlöse aus dem Waffenverkauf an beide Seiten. Doch der Hauptgrund für die Weiterführung des Golfkrieges ist der Versuch, ein relatives Gleichgewicht beizubehalten. Die politische Stabilität der ganzen Region wäre durch den Sieg einer Seite bedroht. Das Ende des Krieges, Sieg oder Niederlage egal welcher Seite, wären für die Massen das Signal, sich für die Entbehrungen der letzten Jahre zu rächen. Neue Revolutionen stünden bevor.

Im Irak befinden sich 20% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung im Kriegseinsatz. Die Auslandsverschuldung stieg auf 50 Mrd. Dollar an. Trotz der Steigerung der Erdölexporte mußten 1986 die Wareneinfuhren um 60% gekürzt werden. Und im Iran lebt die Bevölkerung jetzt sogar unter schlimmeren Bedingungen als unter der Shah-Diktatur: Es gibt 50% Inflation und offiziell 26% Arbeitslosigkeit.

Der Krieg kostete inzwischen mehr als eine Million Menschenleben. Im Golf wurden seit 1981 300 Schiffe angegriffen, davon ein Drittel zerstört.

200 Handelsschiffe kamen ums Leben.

Pulverfaß Golf

Alle diplomatischen Versuche, den Krieg zu beenden, sind fehlgeschlagen. Feierliche UN-Resolutionen bleiben ein Fetzen Papier. Auch die kürzlich enthüllten amerikanischen Versuche, Kontakte zu „gemäßigten“ Teilen der iranischen Führung aufzubauen, um verloren gegangenen Einfluß zurückzugewinnen, führten nur zu einem politischen Riesenskandal („Iran-gate“).

Wegen seiner geschwächten Position möchte der Irak eine „Internationalisierung“ des Konflikts. Angeblich um die Schifffahrt im Golf zu sichern, verstärkten die USA ihre militärische Präsenz und ließen kuwaitische Öltanker mit dem Sternenbanner ausflaggen. Der ganze Golf ist im Moment ein Pulverfaß. Ein US-Angriff auf Iran nach dem Muster des Überfalls auf Libyen im letzten Jahr ist nicht ausgeschlossen. Eins ist jedenfalls sicher:

Die Instabilität der Region hat ihre Ursache in der völligen Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage Fortschritte zu erzielen. Die einzige Lösung liegt im gemeinsamen Kampf der Arbeiter über die Grenzen hinweg, d.h. Sturz der reaktionären arabischen Regimes, Sturz von Hussein im Irak, Sturz von Khomeini im Iran. Die Arbeiterklasse muß den Übergang zum Sozialismus erkämpfen und eine Sozialistische Förderation des Nahen Ostens durchsetzen.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

Auszug aus einem Brief von einem iranischen Sozialisten:

„Der Iran-Irak-Krieg ist vor sieben Jahren vom Irak angefangen worden, weil Saddam Hussein darauf spekulierte, einige iranische Ölfelder übernehmen zu können.“

Im Grunde genommen dient dieser Krieg jedoch den Supermächten, denn es ist in ihrem Interesse, daß die Ölpreise so niedrig wie möglich gehalten werden. Und die Ölpreise sind seit Kriegsbeginn gefallen, da Irak, Iran und die Golfstaaten gezwungen sind, ihr Öl zu verkaufen (auch für Niedrigpreise), um ihre Armeen nachrüsten zu können. Der Krieg muß also im Interesse aller Beteiligten, auch der Waffenlieferanten, weitergehen.“



Irak am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft: die zerstörte Stadt Basra.

ZUCKERBROTE GEGEN AUFRUHR IM IRAN

Unter dem Druck der neuesten explosiven Unruhen (nicht zuletzt des Kino-Brandes, der 400 Menschen das Leben kostete und verblüffende Parallelen zum Reichstagsbrand aufweist), ist die iranische Regierung zurückgetreten. Von der Weltpresse werden die schon seit Monaten anhaltenden Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten auf "religiöse Rechtsradikale" und "islamische Marxisten" zurückgeführt, die Unruhe stifteten. Aber man muß nur einen Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen des Landes werfen, um die wahre Antwort zu finden.

Seit dem Krieg erlebte der Iran aufgrund seiner riesigen Ölquellen eine rapide industrielle Entwicklung. Wegen der Steigerung der Ölpreise 1972-74 wurde sie auf einen Höhepunkt getrieben mit einer jährlichen Steigerungsrate von 43% für das Bruttosozialprodukt. Doch eine gewaltige Inflation bereitete nur den Weg für ein katastrophale Rezession vor (1977:40%, 1978: immer noch 20%!). Der Iran kann seine 34 Mio. Einwohner, von denen drei Fünftel unter dem offiziellen Existenzminimum dahinvegetieren, nicht mehr ernähren. Trotz einem 1974 gesetzlich garantierten Minimallohn liegen heute immer noch 74% der Industriearbeiter darunter, und viele Iraner verdienen nicht mehr als 500.-DM im Jahr. Abertausende von Familien sind obdachlos wegen der unvorstellbaren Wohnungsnot, während andererseits in der Hauptstadt Teheran Luxusapartements für

300.000.-DM leerstehen. Im Iran gibt es mit die höchste Kindersterblichkeitsrate der Welt. Trotz der groß angekündigten Bildungskampagne des Schahs sind immer noch 65% der Bevölkerung Analphabeten, obwohl die Hälfte unter 15 Jahre alt ist.

Um seine Diktatur aufrechterhalten zu können, muß der Schah 17% aller Staatsausgaben für die Armee verschwenden und sich auf den mit 65.000 Agenten ausgerüsteten Geheimdienst SAVAK stützen, der mit brutalen Methoden gegen jegliche Opposition vorgeht und die Bevölkerung tyrannisiert. Aber der Schah hat lange genug mit der Peitsche geherrscht. Jetzt schlagen die Arbeiter, Bauern und Studenten zurück. Teilweise haben sich an die Spitze der Opposition auch islamische religiöse Würdenträger gestellt, die die Bewegung für ihre eigenen reaktionären Ziele ausschlichten wollen: Wiedergewinnung des Einflusses auf den Staat, den sie wegen der Entwicklung Irans zu einer modernen kapitalistischen Industriegesellschaft verloren haben.

Hunderttausende von Arbeitern, Bauern, Studenten und Intellektuelle sind 1978 schon auf die Straßen gegangen, um gegen das Schah-Regime zu protestieren. Tausende wurden schon von der Polizei ermordet.

Das Stück Zuckerbrot in Form eines neuen Regierungschefs und einiger religiöser "Reformen" wird nicht lange ausreichen, um aus einem kämpfenden Löwen eine zahme Katze zu machen. ■

IRAN- REIF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

"Die demonstrierende Menge, angeführt von Jugendlichen und verschleierten Frauen, schwärmte über den Dschah-Platz aus... Wütend über das Kriegsrecht, das Stunden zuvor verhängt worden war, schrie sie Ajatollah Noori (den religiösen Führer) nieder, der sie eindringlich aufforderte, sich zu zerstreuen. Dann begannen sie, die Soldaten mit Pfaster- und Ziegelsteinen zu bewerfen. Langsam, die Tränengaschwaden hinunterwürgend, rückte die Menge näher an die Truppen heran. Schließlich erhoben diese ihre Läufe und feuerten einzelne Salven in die Luft. Dann senkten sie die MPi's, und als die Menge weiter auf sie zurücklief, jagten sie Salve um Salve in die Reihen der Demonstranten." - Die Demonstranten trugen Schilder und Transparente, die "Rache dem brutalen Schah und seinen amerikanischen Imperialistenfreunden" schworen, und sie verlangten eine "sozialistische Republik, begründet auf den Islam". ("Newsweek" vom 18. 11. 78, ein Sprachrohr des US-Großkapitals). Hauptstadt des Iran, das zu mindestens 3.000 Todesopfern führte, war die Antwort des einst in Europa als "Menschenfreund" bejubelten Schah Reza Pahlavi von Persien auf die größte Oppositionswelle gegen seine blutbefleckte Diktatur, seitdem er durch einen vom US-Geheimdienst CIA organisierten und finanzierten Putsch an die Macht zurückgebracht worden war.

Militärregierung

Inzwischen hat der Schah einer Militärregierung die Macht übergeben. Diese setzte sofort alle Mittel ein, um den Streik der Beschäftigten in der Ölindustrie aber auch in vielen anderen Industriezweigen zu brechen. Fast alle größeren Städte stehen unter Kriegrecht. Gleichzeitig ließen die Militärs in einem zweifelhafte Versuch, die Massen zu besänftigen, einige "korrupte" Politiker zu verhaften. Die 200.000 Mann starke Armee und die 65.000 Geheimpolizisten der SAVAK haben alle Hände voll zu tun, um den Inhaber des Pfauenthrons vor seinem unmittelbarem Sturz zu retten.

Schon seit Beginn des Jahres sind regelmäßigen Abständen Weltweit von Massendemonstrationen Versammlungen und Streiks über die Städte des Landes hinweggeplant. Monatlang hat die bürgerliche Presse die Zusammenstöße in einem ganz falschem Licht dargestellt. Für sie war es im Konflikt mit dem "progressiven Schah", der angeblich politische Liberalisierung und wirtschaftliche Industrialisierung anstrebte, und dem "reaktionären islamischen Klerus", der die "Modernisierung" der Gesellschaft verhindern wollte. In Wirklichkeit hat der Islam höchstens eine zweitrangige Rolle gespielt.

Elend

Die Triebfeder hinter den aufblühenden Unruhen ist die katastrophale soziale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die in den letzten Jahren in der Industrialisierung der letzten 20 Jahre keinen Anteil erhielt. Im Gegenteil - der Aufbau der Industrie wurde hauptsächlich durch eine extreme Ausbeutung der Arbeitskräfte finanziert. Viele Arbeiter verdienen nicht mehr als 20% ihrer Löhne jährlich. 74% der Industriearbeiter liegen unter dem auf Papier garantierten gesetzlichen Mindestlohn. In vielen Industriezweigen dauert der Arbeitstag von 5 Uhr früh bis 8 Uhr abends, 20% aller Kinder müssen elend sterben, bevor sie ihr 5. Lebensjahr erreichen. 85% der Bevölkerung sind Analphabeten.

Die vielgerühmte "Landreform" des Schahs enteignete 1.200.000 Kleinbauern! Sie wurden dadurch ihres Bodens abgetrennt, 500.000 von ihnen wurden in die Elendsviertel der Städte getrieben, wo sie kaum Arbeit und Wohnungen finden. Nur die reichsten Großgrundbesitzer blieben auf dem Land zurück. Vor 3 Jahren wurde geschätzt, daß bei gleichbleibendem Tempo der Landflucht von der heute 18 Millionen umfassenden Landbevölkerung (die Hälfte der 34 Mio. zählenden Gesamtbevölkerung) bis 1982 nur noch 5 Millionen übrig sein werden. In Teheran alleine sind heute schon mehrere Hunderttausend Familien obdachlos, während andererseits in manchen Vierteln Luxuswohnungen im Wert von 300.000 DM leerstehen. Reza Pahlavi, dessen Staatsbesuch in der BRD schon 1967 zu empörenden Protestdemonstrationen führte, hat lange genug mit der Peitsche geherrscht. Die Arbeiter, Bauern und Studenten schlagen jetzt zurück.

Rolle der Kirche

Die Proteste gegen seine Terror diktatur waren anfangs, trotz ihrer sozialen Ursachen, in einen religiösen Mantel gehüllt. Unter Bedingungen, die sie jeder offiziellen politischen Versammlungsfreiheit beraubte, fanden die Massen als einzige Örtlichkeiten, in denen sie sich unbehelligt von Polizei und Armee versammeln konnten, in den islamischen Moscheen Zuflucht. In einer totalitären Gesellschaft, in der die Kirche die einzige Halbtags vom Staat unabhängige Institution ist, kann es gar nicht anders sein, als daß darin die unter der Oberfläche brodelnde Wut der Massen gegen diesen Staat zum Ausdruck



Die Brutalität des Regimes, das angeblich "liberalisiert"...

kommt, wenn auch in einer sehr unklaren und verzerrten Weise. Eine ähnliche Rolle spielt auch die katholische Kirche in Lateinamerika. Und in den letzten Jahren der Franco-Diktatur fanden die spanischen Arbeiter die einzige Möglichkeit, Massenversammlungen abzuhalten, in... Kirchen!

Religiöse Führer

Zweifelloos unterstützen die unteren Ränge der islamischen Priester den Widerstand und die Massendemonstrationen gegen das Regime von ganzem Herzen. Doch andererseits hatte die Spitze der schiitischen Moslems eindeutig reaktionäre Ziele: Sie stellte sich aus rein egoistischen Gründen an die Spitze der Massenbewegung, die sie auszunutzen gedachte, um ihre eigenen Machtpositionen von früher im Staate wiederzuerobern. Ihre anfänglichen Hauptforderungen waren: die Wiederherstellung der iranischen Verfassung von 1906, die einem 5-köpfigen Rat islamischer Würdenträger entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewährte und eine Kalenderreform, welche

die zu Gunsten einer "monarchistischen" Zeitrechnung abgeschaffte islamische Zeitrechnung wiederherstellen sollte. Im Zuge der Entwicklung Irans zu einem modernen Industriestaat ist nämlich die Rolle des Islams in gesellschaftlichen Leben allgemein gesunken. Die frühere Macht der religiösen Würdenträger ist zugunsten der absoluten Monarchie des Schahs der Führungsschicht der rasant aufgerüsteten Armeen zurückgegangen. Das massiv heranziehende Auslandskapital und die aufsteigende einheimische Kapitalistenklasse haben die Großgrundbesitzer als alleine herrschende Klasse verdrängt. Doch den achillischen Mullahs und Imanen wuchs die Massenbewegung, die sie selbst mit entfacht hatten, über den Kopf. Immer mehr rückten die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen Massen in den Vordergrund. Die Kämpfe werden immer weiter ihres religiösen Mantels entkleidet.

Der Schah gestand zwar in aller Eile die von dem Klerus geforderte Kalenderreform zu, doch - zu spät! Ein neues Kalenderdatum macht die Massen nicht satt. Die neue Zeitrechnung konnte zwar die ersten Wünsche eines Teiles des islamischen Klerus befriedigen, der danach auch prompt weitere Demonstrationen abbläsen wollte, doch die Massen hören schon nicht mehr darauf. Ihre Wut ist nun zum offenen Ausbruch gekommen.

Arbeiterklasse

Inzwischen stehen die Klassenforderungen der 3 Millionen Arbeiter an der obersten Stelle der Kämpfe. Mit jedem weiteren Tag des Kampfes wird ihr Klassenbewußtsein weiter wachsen! Sie begehren immer mehr, daß ihnen nur unabhängige Klassenaktionen zu sozialen Verbesserungen verbinden können. Der Nebel der Religion, der ursprünglich die Ursachen des Aufbruchs verschleierte, ist schon weitgehend verfliegen. Seit September überzieht eine Serie von Streiks das Land. Die Kampfziele sind Verkürzung des Arbeitstages, mehr Urlaub, höhere Löhne und direkte politische Forderungen: Sturz der Monarchie, Demonstrationen-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der wegen politischer Verfolgung ins Exil ge flohenen Oppositionellen ohne Bestrafung. Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in der Öl- und Chemieindustrie, Zollbeamte, Postbedienstete und Bankangestellte streikte wochenlang. Die Streike,

selbst nach ihrer Niederschlagung flackern immer wieder auf. Praktisch alle Export- und Importgeschäfte kamen 2 Wochen lang zum totalen Stillstand. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Armee.

Risse in der Armee

Doch die Armee wird immer unzuverlässiger. Die "Newsweek" berichtet: "Die Parole: 'Tod dem Schah!' heulend, bewegte sich der

selbst nach ihrer Niederschlagung flackern immer wieder auf. Praktisch alle Export- und Importgeschäfte kamen 2 Wochen lang zum totalen Stillstand. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Armee. Zum ersten Mal seit 25 Jahren fuhren Panzer vor dem Schah-Palast auf, um ihn zu schützen. Der Schah selbst erzählte "Newsweek" in einem Interview: "Wir waren letzten Donnerstag in einer sehr ersten Situation und es war äußerst knapp. Die Leute befolgten die Gesetze nicht mehr. Sie schenkten den Regierungsanweisungen nicht einmal die geringste Aufmerksamkeit. Tatsächlich hätten sie alles erstürmen können, was sie gewollt hätten."

Es ist ganz offensichtlich, daß eine kühne Politik gegenüber der Armee, durch die die einfachen Soldaten aufgefordert wurden, sich mit den Arbeitern zu verbinden, schon nach kurzer Zeit zum Erfolg führen würde.

Revolutionäre Situation

In den letzten Wochen und Monaten existieren alle objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft:

- ▶ Die Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, sich der alten Ordnung zu beugen. Sie ist sogar eher bereit, mit entbluteter Brust vor die waffenstarrte Armee zu treten und zu Tausenden in den Tod zu gehen, als sich ergeben.
- ▶ Die nichtproletarischen Massen in Stadt und Land sympathisieren mit den Arbeitern und stehen dem Regime feindlich gegenüber. Studenten, Bauern, Beamten und kleine Barzhandler beteiligten sich aktiv an Demonstrationen und Streiks.
- ▶ Die herrschende Klasse selbst ist in ihrer Macht erschüttert. Sie schwankt taglich zwischen einer Politik der brutalen Unterdrückung und einer vorsichtigen Liberalisierung mit kleinen Zugeständnissen. Sie haben kein Vertrauen mehr in ihre eigene Zukunft. Jeden Tag werden Millionen Dollar außer Landes in die Schweiz geschickt. Tausende reicher Familien sind schon geflohen. Für den Schah selbst steht ein Flugzeug bereit, das ihn jederzeit nach Mallorca befordern kann.
- ▶ Fast bis in die letzten Einzelheiten gleicht der Iran von 1978 dem Rußland von 1917. Der einzige Faktor, der im Iran fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, wie sie in Rußland durch die Bolschewiki verkörpert wurde!

Bei verschiedenen Demonstrationen erschossen mehrere Soldaten ihre Offiziere und begingen anschließend Selbstmord, als ihnen befohlen wurde, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen. Viele Deserteure und Meuterei wurden in den letzten Wochen hingerichtet.

Moskau und Peking

Ein Offizier der US-Armee, der als Ausbilder im Iran gewesen war, sagte in einem Interview mit "Newsweek" (25. Sept.) über die iranische Armee: "Ich hätte nicht viel Vertrauen in ihre Verlässlichkeit. Wir wissen nicht, an welchem Punkt sie zerbricht, an welchem Punkt sie zerbricht, an welchem Punkt sie zerbricht." Auch ein hoher iranischer Rezi-

nach ihre chinesischen Regimepieler, die ihren Staatschef Hua (inmitten der Serie von Massakern an Teheraner Arbeitern) zu einem Freundschaftsbesuch beim Schah schicken, haben ein echtes Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse im Iran. Ein geplanter Freundschaftsbesuch des Schah in der DDR im letzten September platzte, sehr zum Bedauern der Ostberliner Regierung, einzig und allein wegen der anhaltenden Unruhen.

Tudeh-Partei

Auch die "kommunistische" Tudeh-Partei, die größte Partei der iranischen Arbeiter, hat bisher im Test der Ereignisse versagt. 1941 gebildet, eroberte sie bald eine gewaltige Unterstützung und Sympathie der Massen, nachdem sowjetische Truppen Aserbeidschan im Norden Irans eroberten (während die Briten den Süden besetzt hielten). Dies war damals ein

Realistische Alternative, die den Massen des Irans auf Dauer soziale und politische Befreiung sichern kann, in der Entlohnung der Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des iranischen Kapitals, was die Grundlage für eine echte Arbeiterdemokratie schaffen würde.

Führung

Doch die Voraussetzung für eine solche vollständige gesellschaftliche Umwälzung, welche zur Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie führen würde, ist die Existenz einer bewußten revolutionären Partei, die als Führung die breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse genießt (wie in Rußland 1917). Eine solche Partei existiert noch nicht (Auch nicht in der Form der Tudeh) Sie müßte erst noch geschaffen werden.

Die besten Elemente innerhalb der Opposition wenden sich von den romantischen Vorstellungen ab, den Schah durch Guerillakrieg oder individuelle Terrorakte zu stürzen. Immer mehr konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse.

Trotzdem wird es für Marxisten und Sozialisten im Iran mit riesigen Schwierigkeiten verbunden sein, die notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erbauen.

Eine "bürgerliche Demokratie" wie sie die Tudeh "als ersten



Fußkuß für den Schah. Damit wird es hoffentlich bald ein Ende haben.

großer Anstoß für die iranischen Arbeiter, die sich vom Norden her ihre soziale Befreiung hofften. 1946 führten die Tudeh-Partei massive Streiks an, einschließlich des Streiks des Streiks der 50.000 Erdölarbeiter von Khuzestan (Südwest-Iran), die die Verstaatlichung der Ölindustrie forderten. Vertreter der Tudeh wurden damals sogar eine Zeitlang durch die Kapitalisten ins Kabinett geholt, aber wieder hinausgeworfen, nachdem sie sich mit ihrer kläglichen Politik in den Augen der Massen in Mißacht gebracht hatten.

Doch schon 1951, während der damaligen revolutionären Ereignisse eroberte sich die Tudeh ihre massenhafte Unterstützung mit einem Programm zurück, das Ölverstaatlichungen und politische Freiheiten forderte. Straßenschlachten zwischen arbeitslosen Textilarbeitern und der Polizei fanden in Isfahan statt. Die Gesellschaften mußten 35 %ige Lohn-erhöhungen zugestehen. Unter dem Druck der Massen kam der bürgerliche Nationalist Mossadegh an die Macht, der heutige Schah mußte damals ins Ausland fliehen.

... war die soziale Unruhe, daß das Parlament fast einstimmig (bei nur einer Gegenstimme!) für die Verstaatlichung der Erdöl stimmt. Die Regierung Mossadegh war zu großen Reformen gezwungen, versuchte aber weiterhin, die verschiedenen Klassenkräfte gegeneinander auszubalancieren und im Gleichgewicht zu halten - statt die herrschende Klasse zu stürzen!

Schondamals hätte eine vollständige sozialistische Transformation erfolgreich sein können. Doch die Tudeh-Partei unterstützte Mossadegh kritiklos und blockte alle weitergehenden Versuche der Arbeiterklasse ab. So reifte die Situation, in der der CIA den Schah 1953 in einer Konterrevolution zurück an die Macht brachte.

25 Jahre hat es seither gedauert, bis eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr unter Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit ihrer Eltern leidet.

Aber auch heute ist die Tudeh zu nichts anderem fähig, als von der Rückkehr eines neuen Mossadegh zu träumen. Sie begrenzt ihr Ziel auf die Schaffung einer abstrakten "Demokratie", als deren Modelle sie sich schon 1947 "Schweden, Großbritannien und die USA" aussuchte

Sozialismus

Doch die armen Massen Irans werden sich fragen: "Kann uns die 'Demokratie' Brot, Kleidung, Woh-



Schritt" anstrebt, wird keine neue wirtschaftliche Blüte herbeizubringen. Eine solche bürgerliche Demokratie hätte im Gegenteil überhaupt nur so lange stabil bestehen können, solange sie eine materielle Grundlage in einem kapitalistischen Aufschwung gehabt hätte. Aber die Zeiten einer solchen Blüte gehören jetzt der Vergangenheit an. Deswegen liegt die einzige

realistische Alternative, die den Massen des Irans auf Dauer soziale und politische Befreiung sichern kann, in der Entlohnung der Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des iranischen Kapitals, was die Grundlage für eine echte Arbeiterdemokratie schaffen würde.

Führung

Doch die Voraussetzung für eine solche vollständige gesellschaftliche Umwälzung, welche zur Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie führen würde, ist die Existenz einer bewußten revolutionären Partei, die als Führung die breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse genießt (wie in Rußland 1917). Eine solche Partei existiert noch nicht (Auch nicht in der Form der Tudeh) Sie müßte erst noch geschaffen werden.

Die besten Elemente innerhalb der Opposition wenden sich von den romantischen Vorstellungen ab, den Schah durch Guerillakrieg oder individuelle Terrorakte zu stürzen. Immer mehr konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse.

Trotzdem wird es für Marxisten und Sozialisten im Iran mit riesigen Schwierigkeiten verbunden sein, die notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erbauen.

Perspektiven

Aber auch wenn diese Aufgabe nicht rechtzeitig gelöst wird, werden die Ereignisse nicht stehenbleiben. Die soziale Krise im Iran ist nämlich so akut und der Druck auf die Armee so stark, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß früher oder später eine Gruppe jüngerer Offiziere einen Militärputsch inszeniert, der das Land auf einen ähnlichen Weg wie Äthiopien (nach dem Sturz des dortigen Kaisers Haile Selassie) lenken würde.

Eine solche Militärregierung



würde versuchen, der von Chaos und Zersetzung bedrohten Gesellschaft eine Lösung von oben aufzuzwingen. Unter dem Druck der Massen, unter dem Eindruck des weltweiten kapitalistischen Niedergangs und angesichts der relativen Stabilität von Staaten wie China, Kuba oder der Sowjetunion könnten die Militärs dann gezwungen sein, immer weiter nach links zu gehen und schließlich die herrschenden Klassen zu enteignen. Zweifellos wären solche Maßnahmen ein ungeheurer gesellschaftlicher Fortschritt!

Aber weil ein solcher Umsturz auf bürokratische Weise stattfinden würde und weil das herrschende Militärregime seine Kontrolle von oben auf keinen Fall aus der Hand geben würde, wäre das Ergebnis einer solchen Entwicklung eine stalinistische Diktatur, wie sie heute auch in Ostblockländern herrscht. Ein solches System würde zwar auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln und einem zentralen Produktionsplan beruhen aber von Anfang an würde es eine kleine Elite von Bürokraten mit riesigen Privilegien an den Hebeln der Staatsmacht schalten und walten und die unterdrückten Massen ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten berauben. Der Preis für eine solche Entwicklung wäre eine politische Revolution zu einem spä-

Militär beherrscht die Straßen Teherans. Wie lange werden die Soldaten die Befehle noch befolgen?

teren Zeitpunkt, welche die herrschende Bürokratie entmachtete, um eine echte Arbeiterdemokratie zu schaffen.

Eine Entwicklung in Richtung auf ein sowjetisches, chinesisches oder kubanisches Modell wäre ein schwerer Schlag für den westlichen Imperialismus, dem damit ein wichtiges Land verloren ginge. Deshalb vertreten ja auch maßgebliche bürgerliche Kreise der BRD bis hin zu Graf Lambsdorff (FDP) die Meinung, daß die Regierung des Schahs um jeden Preis gehalten werden müsse. Ein solches Militärregime könnte auch zweifellos den allgemeinen Lebensstandard der Massen anheben und die größten Mißstände aus der Welt schaffen. Dies darf die kämpferischen Sozialisten und Maxisten jedoch nicht zum Nichtstun und passiven Zusehen verurteilen. Sie müssen auf alle Fälle unermüdet für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung eintreten. Eine echte Arbeiterdemokratie im Iran mit der breiten Unterstützung durch die Bauern und anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten wäre ein wichtiger Schritt vorwärts für den ganzen asiatischen Kontinent, in dem es an allen Ecken und Enden gärt, von der Türkei bis Indien, von Ägypten bis Pakistan und Afghanistan.

Bundesregierung stützt Schah!

SPD-Ortsvereine, Juso-Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsgliederungen sollten die Bundesregierung und den SPD-Vorstand mit Protestschreiben überfluten, wegen der empörenden und widerwärtigen Verteilung des Schah von Persien, die der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auf seiner Reise nach Teheran zum Ausdruck gebracht hat. "Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ist die Bundesregierung an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert", sagte der "Graf" in Teheran, der gleichzeitig dem Schah eine Grußbotschaft vom deutschen Bundespräsidenten Scheel überbrachte. Die Bundesregierung begrüßt nach den Worten Lambsdorffs ausdrücklich "die vom Schah eingeleitete Liberalisierung der iranischen Innenpolitik".

"Welche Liberalisierung?", fragt man sich verblüfft. ... Glaube die Bundesregierung selbst, was sie sagt? Oder ist dies nur ein plumper Versuch, den deutschen Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen über die angeblich so "progressive" Rolle des "liberalisierenden" Schah?

Hier die Fakten:
Das Regime des Schah geht durch die Zeitgeschichte knifflig im Blut von Tausenden ermordeter politischer Gefangener wattend! Das Massaker an den Demonstranten jüngst in Teheran, wobei 3.000 Menschen umkamen, ist nur ein krasses Beispiel für die brutale Repression, mit der dem Aufstand gegen den Diktator begegnet wird.
Die "stabilen Verhältnisse" im Iran, an der die Bundesregierung so interessiert ist, wurden in der Vergangenheit nur durch ein Netz von 65.000 hauptamtlichen SAVAK-Geheimpolizisten aufrecht erhalten.

Dieser Apparat wurde von dem "progressiven" Regime aufgebaut und ergänzt durch ein Netz von 100.000 zusätzlichen Informanten - ähnlich den NSDAP-Blockwarten - die buchstäblich die gesamte Nation gefangen und in Schach hielten!

Die SAVAK foltert politische Gefangene. Frauen werden während des Verhörs nackt auf die Zimmerdecke gehängt, an ihrem Körper werden brennende Zigaretten ausgedrückt, Elektroshocks an den Genitalien werden verpaßt, bis die Opfer in Ohnmacht fallen. Die Folterknechte urinieren ihren Opfern während dieser tierischen Torturen in den gewalttun durch einen Knebel geflossenen Mund (FR, 30. 10. 78).

Zwar gibt Lambsdorff vor, "in einer privaten Unterredung mit dem Schah auf die Einschaltung der Menschenrechte gedrängt zu haben, als ob sich der Schah eines besseren besinnen würde, wenn ihm still und heimlich einige Worte ins Ohr geflüstert werden! Als ob es nicht viel entscheidender für die Zukunft seines blutbesetzten Regimes wäre, daß die BRD (nebst anderen Staaten, wie die USA - an deren Spitze der sogenannte "Menschenrechtler" Carter steht!) steht! dem bedrohten Schah mit massiven Waffenlieferungen zur Seite gebrungen ist! - Worauf anderes lauten denn die Maßnahmen und Äußerungen der Bundesregierung hinaus, wenn nicht auf die offene Unterstützung eines diktatorischen Terror-Regimes?"

Willy Brandt hatte kürzlich erklärt, daß er Gewaltanwendung gegen diktatorische

Regimes für legitim hält. Wie steht es mit Gewaltanwendung gegen den Schah? Ist das auch legitim? Warum hat er nicht seine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung eine solche Diktatur nicht nur nicht bekämpft, sondern so-

Mit den "Linken" meint er natürlich die Bewegung der Arbeiter und armen Bauern. Deren Bewegung, die in den letzten Monaten mehrmals Massendemonstrationen von bis zu einer halben Million mobilisierte - und das angesichts eines absoluten Demonstrationsverbots! - zeigt die Tiefe der öffentlichen Stimmung gegen den Schah!

Die großen multinationalen Oligenschaften, das internationale Kapital und andere imperialistische Konzerne haben eine riesige Angst vor dieser Bewegung, die zur Enteignung "ihrer" Reichtümer führen könnte, die sie aus dem Land herausgepresst haben.

Die deutsche Arbeiterbewegung muß ihre Empörung über die Äußerungen des "liberalen" Wirtschaftsministers und ihre aktive Solidarität mit den iranischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen. Das sollte natürlich weiter gehen als nur eine verbale Opposition zum Schah und allen anderen Diktatoren zu zeigen.

- Die Aktivitäten der iranischen Geheimpolizei SAVAK in der BRD müssen sofort unterbunden werden Ihre Agenten sind auszuweisen!

- Der DGB sollte einen absoluten Handelsboykott organisieren und sofort alle weiteren Waffenlieferungen für die Schah Diktatur stoppen! Die spanische Seeleute haben eine vorbildliche Haltung eingenommen, indem sie sich weigerten, Schiffe für lateinamerikanische Diktaturen zu beladen (oder zu entladen). Bezüglich des Schah sollte unsere Haltung dieselbe sein.

- Ein Aufruf an alle europäischen Gewerkschaften, diese Aktionen zu unterstützen sollte folgen! Dadurch könnte der Schah innerhalb weniger Wochen gestürzt werden.



IRAN: FÜR ARBEITER-, SOLDATEN-

Am 12. Februar wurde in Teheran durch einen bewaffneten Aufstand der Bevölkerung und rebellierender Soldaten der endgültige Bruch mit dem Schah-Regime vollzogen. Der vom Schah noch persönlich eingesetzte Ministerpräsident Bakhtiar mußte gehen, obwohl er verzweifelt versucht hatte, sich als "Demokrat" zu maskieren. Die alte Staatsmacht brach durch die Erhebung fast kampflös zusammen. Die Militärführung kapitulierte für erste, die Armee löste sich auf und die Soldaten liefen in Massen auf die Seite der Aufständischen über. Doch die neue Regierung Bazargan, die von der Woge des Aufstands an die Macht geschwemmt wurde, hat bei den Kämpfen keinen aktiven Beitrag geleistet und keine führende Rolle gespielt. Im Gegenteil: sie versuchte mit dem religiösen Führer Khomeini im letzten Moment noch gemeinsam, ihre Anhänger durch Aufrufe in Radio und Fernsehen vom Entscheidungskampf abzuhalten!

Aufstand

Aber während Khomeini und die anderen religiösen Führer versuchten, die Massenbewegung zu bremsen, kam die Bevölkerung Teherans - seit Monaten das Opfer zahlloser Massaker durch die Armee - zu anderen Schlüsselforderungen: solange die Stützen der alten Diktatur in Form Gewehr bei Fuß stehender Soldaten unter dem Kommando Schah-treuer Offiziere noch weiterbestehen, so lange kann von der Sicherung demokratischer Freiheiten und der Erfüllung sozialer Forderungen keine Rede sein.

In der Armee selbst waren schon seit Monaten die Anzeichen für eine tiefgreifende Gärung vorzusehen: Soldaten verweigerten die Hilfe und meuterten; immer mehr Deserteure flohen aus den Kasernen; in einigen Fällen erschossen Soldaten ihre Offiziere, nachdem ihnen befohlen worden war, auf friedliche Demonstranten zu schießen; es kam immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen Bevölkerung und einfachen Soldaten. Die Militärführung versuchte die Unruhe innerhalb der Armee dadurch Herr zu werden, daß sie in einer Welle von Gerichtsverfahren Todesurteile verhängen und vollstrecken ließ. Doch diese verzweifelten Maßnahmen gossen nur Öl in die schon schwelende Glut.

Am 9. 2. kommt es spät abends in dem Luftwaffenstützpunkt Duschani Tappeh, der in einem der armen Stadtviertel im Südosten Teherans liegt, zu einem entscheidenden Ereignis, das eine Lawine in Gang setzt: Nachdem die Luftwaffentechniker, die tags zuvor zu tausenden in Uniform gegen den Schah, gegen Bakhtiar und für Khomeini demonstriert hatten, eine Auseinandersetzung mit ihrem Oberkommandierenden hatten, greifen Eliteeinheiten der schah-treuen Kaiserlichen Garde die Kasernen an. Doch sie stoßen auf Widerstand. Das Luftwaffenpersonal eilt zurück. Die Kadetten verteilen den Inhalt des Waffenarsenals an die herbeigeströmte Bevölkerung des Stadtviertels und errichten Barrikaden. Die Kämpfe gehen den ganzen Samstagvormittag weiter.

Khomeinis Rundfunkauftritte, in denen er darauf aufmerksam zu machen versucht, daß er das Signal noch nicht gegeben hätte, verhallen ungehört. Der bewaffnete Kampf brach auch ohne sein Signal aus.

Armee

Es zeigte sich, wie morsch die einmal als fünfstärkste Armee der Welt bezeichnete iranische Militärmaschinerie in ihrem Inneren war: die Mehrheit der Soldaten lief innerhalb weniger Stunden zur Bevölkerung über, nur wenige kleine Eliteeinheiten wehrten sich bis zuletzt. Angesichts massenhafter Befehlsverweigerung waren die Militärspitzen machtlos. So ist es nicht verwunderlich, daß die Generale plötzlich einen Aufruf an die Armee richteten, sich in Zukunft neutral zu verhalten. Ihre scheinbare Kapitulation war aber nur ein Versuch, zu retten, was noch zu retten war: die totale Auflösung der Armee zu stoppen und eine Pause zu erhalten, um Atem zu schöpfen und Zeit zu gewinnen, damit sie bei einer späteren, günstigeren Gelegenheit entscheidend zuschlagen könnte.

Die neue Regierung wurde durch einen revolutionären Aufstand geboren, den sie selbst gar nicht gewollt hat. Doch alle Pessimisten wurden Lügen gestraft, die behauptet hatten, der revolutionäre Weg zum Sturz einer Terror-diktatur könnte angesichts der mit Hilfe modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse gebauten Massenmordinstrumente nur in einem Blutbad enden. Das Gegenteil war der Fall: den Generälen wurden durch den Aufstand die Mittel aus der Hand geschlagen, mit denen sie seit September in täglichen Massakern das Blut zehntausender friedlicher Demonstranten und streikender Arbeiter vergossen haben.

Der iranische Umsturz bestätigte eine uralte marxistische Erkenntnis: Keine Armee der Welt ist vollständig isoliert von der Gesellschaft; gesellschaftliche Spannungen und Krisen widerspiegeln sich letztlich auch in der Armee. Vor allem in revolutionären Situationen kann die militärische Disziplin zusammenbrechen. Vor allem wenn eine bewußte sozialistische Führung durch massive politische Propagandaarbeit unter den Soldaten die vorhandenen Spannungen in der Armee noch verstärkt, dann können die Befehle der Generale auf taube Ohren stoßen, die die Soldaten zum Schießen auf ihre eigenen Väter, Mütter, Brüder, Schwestern, Freunde und Nachbarn treiben sollen.

Neue Regierung

Im Iran fehlt bis heute eine solche bewußte Führung. Daß trotzdem ein Umsturz vollzogen wurde, zeigt nur, wie groß die Opposition der Massen gegen das Regime, und wie verrottet der alte Staatsapparat war.

Das Fehlen einer in den Massen verankerten marxistischen Arbeiterpartei ließ die Revolution, die letztlich soziale Triebfedern hatte, die Form einer religiösen Bewegung annehmen. Weil unter der totalitären Schah-Diktatur keine anderen Möglichkeiten bestanden, kristallisierte sich die Opposition anfangs um die islamische Kirche, die innerhalb der Gesellschaft eine halb-unabhängige Institution darstellte und für die Gefühle und Stimmung der Massen offen war. Da konnten die Moscheen zum Ausgangspunkt immer größerer Massendemonstrationen werden, die von schiitischen Geistlichen angeführt wurden. Und so konnte sich Ajatollah Khomeini zum Führer der Massenbewegung aufbauen, deren Kontrolle ihm jetzt wieder langsam entgleitet, nachdem das ursprüngliche, unmittelbare Ziel erreicht ist, das die Opposition geist hatte: der Sturz des Schah-Regimes.

Welche Kräfte repräsentiert nun die neue, von Khomeini eingesetzte Regierung Bazargan? Welche Klassenbasis hat sie? Die meisten Kabinettsmitglieder sind führende Mitglieder der Iranischen Nationalen Front (INF). Diese Partei ist eine alte bürgerliche Oppositionspartei, in der hauptsächlich die Interessen des iranischen Mittelstandes und der Klein- und Mittelbourgeoisie zum Ausdruck kommen. Die Interessen dieser Schichten sind in dem politischen System des Schah-Regimes nie berücksichtigt worden. Diese Schichten setzen sich zusammen aus:



Schüler - zuerst Symbol gegen den Schah, jetzt wieder abgelegt, um die Opposition gegen Khomeinis Politik zu zeigen....

- * ca. 1,3 Mio. Selbstständigen in Ein-Mann-Betrieben in den Bereichen Handwerk, Handel und Verkehr
 - * ca. 120.000 Eigentümern von Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten vor allem in den Wirtschaftssektoren Textil-, Schuh-, Teppich- und Nahrungsmittelindustrie; zu ihnen gehören auch die traditionellen Bazar-Großhändler
 - * ca. 8.000 Eigentümers von Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten in fast allen Wirtschaftssektoren.
- In der Schah-Diktatur kam nur die politische Herrschaft einer winzigen Clique zum Ausdruck, die das Land bis zum letzten Tropfen aussaugte; der nationalen Großbourgeoisie, die sich aus maximal 500 Eigentümern aller Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten zusammensetzt; der riesigen Schah-Clan und seiner Hofschranzen; der korrupten Spitzen von Militär und Verwaltung; sowie der wenigen Multinationalen Konzerne, die wichtige Schlüsselzweige der Wirtschaft dominierten.

Die Interessen der nationalen Großbourgeoisie und der multinationalen Konzerne wurden vom Staat des Schahs durch ein ausgeklügeltes Schutzsystem geschützt. Innerhalb des Landes waren die Monopole somit in der Lage (im Gegensatz zum Weltmarkt), durch ihre überhöhten Monopolpreise Superprofite aus allen anderen Schichten der Bevölkerung herauszusaugen. Die in den letzten Jahren wuchernde Boden-spekulation sorgte dafür, daß städtische Arbeiter für Wohnungsmieten bis zu 70 % ihres Einkommens bezahlen mußten! Dabei darf man dies nicht mit westlichen Maßstäben messen: 40% aller Teheraner wohnen mit ihrer ganzen Familie (bis zu 8 Köpfe) in einem einzigen Raum, meistens in den Slum-Vierteln.



So ist es nicht verwunderlich, daß diese Schichten des Mittelstandes und der kleineren Bourgeoisie immer mehr in Opposition zum Schah-Regime gerieten, in dem ihre Interessen nicht zum Zuge kamen. Sie wurden von den Monopolen ruiniert. Sie sanken teilweise ins Proletariat hinab. Die Bazar-Händler wurden von staatlich gebörderten US-amerikanischen Supermarktketten in den Bankrott getrieben. Folglich war es nur konsequent, daß sie die religiöse Opposition Khomeinis und die politische Opposition der INF massiv finanzierten.

Bürgerliche Revolution

Ihre politischen Ziele waren von Anfang an begrenzt: Nicht die Ausbeutung abschaffen - sondern die Beute gerechter verteilen; nicht



die Multinationalen Konzerne und die Großbourgeoisie enteignen - sondern sie in ihre Schranken verweisen, kontrollieren und in ihrer Macht begrenzen; nicht die absolute Monarchie stürzen - sondern sie "durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzen", in der ein gewähltes, aber von ihnen kontrolliertes Parlament die eigentliche Macht ausübt; nicht den Kapitalismus insgesamt stürzen - sondern das System liberalisieren; nicht die Klassengesellschaft endgültig überwinden - sondern die Diktatur einer kleinen Clique von Großkapitalisten durch die politische Herrschaft der gesamten Kapitalistenklasse zu ersetzen.

Diese Klasseninteressen kommen in dem Programm der INF eindeutig zum Ausdruck, in dem eine "bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild" angestrebt wird.

Eine solche politische Revolution ist jetzt nach ihrer Auffassung weitgehend vollzogen; der Schah ist gestürzt; die schah-treuen Elemente sind aus Verwaltung und Armeespitze weitestgehend gesäubert; die politische Vertretung der Kapitalisten-"Masse" sitzt in Form der INF in den wichtigsten Ministerresseln; Khomeini und die anderen religiösen Führer unterstützen die neue Regierung Bazargan vorbehaltlos: Jeder weitergehende Schritt würde ihr Ziel überschreiten, der in einem politischen Machtwechsel bei einer grundsätzlichen Erhaltung des kapitalistischen Systems liegt. Jetzt ist ihre einzige Sorge: die Massen müssen wieder unter Kontrolle, die Revolution so schnell wie möglich zum Ende gebracht werden!

Deshalb folgte sofort nach dem Machtwechsel eine Serie von Appellen, die gemeinsam von Bazargan und Khomeini verfaßt wurden:

1) Die Streiks beenden, die Arbeit wieder aufnehmen, die Waffen abliefern, Ruhe und Ordnung herzustellen. Desertierte Soldaten müssen sich wieder in ihren Kasernen zum Dienst melden! Doch die Massen sehen die Dinge anders. Von Anfang an stößt die Regierung in all diesen Punkten auf eine Reihe von Widerständen:

Die Wiederherstellung des militärischen Machtausübungssystems verläuft nicht reibungslos. Ca. ein Drittel der Soldaten ist immer noch nicht in ihre Kasernen zurückgekehrt. Überall sind zwischen revolutionäre Soldatenkomitees entstanden, die teilweise ihre Offiziere selbst wählen und Forderungen stellen. 1) Die heutige Armee muß vollständig aufgelöst werden. 2) An ihre Stelle soll eine revolutionäre Miliz zum Schutz der Revolution treten. 3) Alle Mitglieder der Streikkräfte sollen Revolutionskomitees bilden. 4) Diese Komitees sollen ihre Offiziere selbst wählen. 5) Diese Komitees sollen sich untereinander zusammenschließen. 6) Alle reaktionären Offiziere, die die Verantwortung für die vergangenen Gemetzel an der Bevölkerung tragen, müssen vor Gericht gestellt werden.

Innerhalb von 2 Wochen wurden 3 verschiedene Luftwaffenkommandeure ernannt, die alle wieder abgesetzt werden mußten, da die Luftwaffensoldaten mit keinem von ihnen einverstanden waren.

Die Arbeit wurde noch nicht wieder aufgenommen. Trotz eindringlicher Appelle Khomeinis, der es zur "Sünde" erklärt hat,

weiterzustreiken, beharren z. B. die Erdölarbeiter auf ihren Forderungen: die Ölindustrie soll lukkenlos verstaatlicht werden; sie wollen in Zukunft weitgehende Mitbestimmungsrechte über die Produktion erhalten; sie wollen ihre Direktoren selbst wählen; sie verlangen eine Gewinnbeteiligung und weitgehende Einkommensumverteilung. - Die Beschäftigten des staatlichen Fernsehens streiken schon am 12. 2. wieder gegen die Einsetzung des Khomeini-Sprechers Ghotbzadeh als Direktor. Der stellvertretende Ministerpräsident Entzam hat sich öffentlich über die "Unfolgsamkeit" der Arbeiter beschwert: "Keiner der großen Betriebe des Landes arbeitet, denn die Arbeiter verbringen den größten Teil ihrer Zeit damit, in Versammlungen die politischen und sozialen Probleme zu erörtern, und Arbeiterausschüsse müssen zunächst einmal alle Anordnungen prüfen und gutheißen, ehe sie durchgeführt werden können." (Handelsblatt vom 13. 3. 79) In Teheran hält die Bevölkerung die petrochemischen Industrieanlagen in der Stadt besetzt und fordert ihre Verstaatlichung und die Kontrolle durch die Arbeiterkomitees.

Die bewaffneten Arbeiter wollen ihre Waffen nicht freiwillig zurückgeben. Sie könnten nur mit Gewalt dazu gezwungen werden. Sie haben vorher mit ihren Händen oder höchstens mit Knütteln bewaffnet gekämpft. Also sind für sie die eroberten Gewehre ein Faustpfand und ein Hindernis für die Reaktion. Man schätzt, daß es in Teheran alleine etwa 70 000 bewaffnete Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gibt. Die ehemalige Geheimpolizei SAVAK ist in alle Winde zerstoßen. Wer also sollte ihre Entwaffnung erzwingen?

Unter den nationalen Minderheiten Irans, vor allem unter den Kurden, Belutschen und den Aserbaidschanern sind Unabhängigkeitsbestrebungen im Gang, welche die Zentralregierung in Teheran mit Gewalt zu unterdrücken versucht.

Doppelherrschaft

Es gibt im heutigen revolutionären Iran erstaunlich weitgehende Parallelen zur Situation in Rußland nach der Februarrevolution 1917: Ein spontaner Aufstand der Massen (mit einer führenden Rolle der Arbeiterklasse) hat die alte kaiserliche Tyrannei gestürzt und eine provisorische, bürgerliche Regierung an die Macht gebracht, die den Umsturz gar nicht gewollt hat, die aber jetzt alles in ihrer Macht stehende versucht, um die Revolution zum Stillstand zu bringen und den alten Staatsapparat nach einer Säuberung so unverändert wie möglich zu erhalten. Nur - die Macht der neuen Regierung ist nicht sehr groß! Sie wird bedroht durch eine Macht, die am anderen, unteren Ende der Gesellschaft im Entstehen begriffen ist: Die Macht der revolutionären Arbeiter- und Soldatenkomitees. Die Elemente der Doppelherrschaft sind im Iran heute fast ebenso ausgeprägt wie in Rußland vom Februar bis zum Oktober 1917.

Die iranischen Massen scheinen nicht bereit zu sein, jetzt wieder zurückzukehren, ohne daß ihre ökonomischen, politischen und

UND BAUERNRÄTE!

sozialen Forderungen erfüllt sind. Doch Khomeini und Bazargan können ihnen keine wirksame Kraft entgegenzusetzen. Auf Khomeinis Kommando hören nur einige ihm ergebene religiöse moslemische Guerillas. Die Regierung (ebenso wie die Kerensky-Regierung in Rußland 1917) existiert in einem Machtvakuum. Sie kann nur so lange überleben, wie die Arbeiter- und Soldatenkomitees nicht bewußt organisiert und koordiniert die gesamte Macht in ihre Hand nehmen. Deshalb wird sie auch weiterhin versuchen, den Einfluß dieser Komitees zu untergraben, sie mit taktischen Zugeständnissen zu beruhigen und sich selbst durchzumanteln, bis die Gelegenheit günstig genug ist, die konkurrierende Herrschaftsform der Massen ganz zu entmachten.

Einige Zugeständnisse hat die Regierung schon machen müssen: Das Vermögen der Schah-Familie wurde beschlagnahmt; die Kaiserliche Garde wurde nach anfänglichem Zögern unter dem Druck von unten aufgelöst. Bei der Säuberung der Armee mußte sie mit der Absetzung von jetzt bereits mehr als 110 Generälen viel weiter gehen, als sie ursprünglich wollte.

In den nächsten Monaten wird es zu Konflikten zwischen den beiden Herrschaftsformen kommen: der offiziellen bürgerlichen Regierung mit ihren staatlichen Organen einerseits und den Basis-Komitees in Betrieben, Stadtvierteln und Kasernen andererseits. Die ersten Spannungen werden bereits bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar.

In Rußland dauerte die Phase der Doppelherrschaft genau acht Monate - von Februar bis Oktober 1917. In diesem relativ kurzen Zeitraum gelang es den Bolschewiki (angesichts der totalen Unfähigkeit der provisorischen Regierung unter Kerenski, die Bedürfnisse der Massen zu erfüllen) durch ihre konsequente Propagandarbeit, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihrem Programm zu vereinen, die provisorische Regierung zu stürzen und alle Macht in die Hände der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu legen. So wurde in Rußland die demokratischste Herrschaftsform errichtet, die die Menschheitsgeschichte gesehen hat: später wurden diese Räte durch die stalinistische Bürokratie wieder zerstört - ein Prozeß, dessen Ursachen an dieser Stelle nicht am lyriert werden können).

Führung

In Iran ist keine politische Organisation sichtbar, die in die Fußstapfen der Bolschewiki treten könnte. Deshalb wird es bis zum iranischen Oktober* wahrscheinlich noch länger als 8 Monate dauern. Die moskau-orientierte "Tudeh-Partei" (KP) unterstützt fast kritiklos den Kurs Khomeinis. Die maoistische "Iranische Kommunistische Partei" (M/I) befindet sich ebenfalls im Schlepptrab der Ajatollahs. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse wird die iranische Revolution ein in die Länge gezogener Prozeß sein, der sich (ähnlich wie die spanische Revolution 1931-1939) über 5 bis 10 Jahre erstrecken kann. In dieser Zeit wird es noch viele Gelegenheiten geben, eine konsequente marxistische Partei aufzubauen. In dieser Periode kann es durchaus (wie innerhalb der spanischen Revolution) auch Phasen der Stagnation und sogar der Reaktion geben. Für den nächsten Zeitraum ist allerdings wegen der Stärke der Arbeiterklasse, dem Selbstbewußtsein der Massen und der Zersetzung der Armee eine offene militärische Konterrevolution ausgeschlossen. Der internationale Imperialismus hat sich - außer leeren Drohungen - als ohnmächtig erwiesen. Er kann nicht direkt intervenieren. Er muß seine ganzen Hoffnungen auf Bazargan setzen, dessen Versuche, eine "pro-

westliche Haltung" zu zeigen, mit Freude registriert wurden.

Die Kräfte für den Aufbau einer marxistischen Partei könnten aus den Reihen der "Volksedayin" kommen. Diese zentralistische Organisation hat schon einen beträchtlichen Rückhalt unter den Erdölarbeitern. Doch ihr Programm ist noch zu unklar, ihre Forderungen noch nicht konsequent genug, ihre Perspektiven zu verschwommen. Auf einer von ihnen organisierten Demonstration von mehr als 20.000 Menschen, forderten sie eine Beteiligung an der Bazargan-Regierung.

Programm

Aber ohne echte marxistische Partei würde nicht ein Sitz in Khomeinis Revolutionsrat oder in Bazargans Kabinett verlangen. Sie müßte ihr gesamtes Vertrauen in die Arbeiterklasse setzen. Sie müßte - wie Lenin und die Bolschewiki - den Arbeitern immer wieder sagen: "Habt kein Vertrauen in diese Regierung! Verlaßt euch einzig und allein auf eure eigene Stärke!" Haut eure Arbeiterräte und -komitees überall auf, erweidert und stärkt sie und schließt Verbindungen mit anderen Komitees auf! Auf diese Weise könnt ihr die Macht erobern, und nur eure Klärereberung ist der Weg zum Sieg!

Eine marxistische Partei würde ein politisches Programm ausarbeiten, das die Interessen der Massen zum Ausdruck bringt. Sie würde anfangen mit der Forderung nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit; nach dem Recht, sich frei organisieren zu können; nach freien Wahlen und nach all den anderen Errungenschaften der bürgerlichen Freiheiten, welche die Arbeiter im Westen

nach generationslangen Kämpfen gewonnen haben. Sie würden jedoch nicht dabei stehen bleibeinein garantierten Mindestlohn und einen 8-Stunden-Tag bei einer 5-Tage-Woche wäre ebenso wie eine gleitende Lohnskala, die an die Inflationsrate angehängt ist, auf ihrer Banner geschrieben. Diese Forderungen wären verbunden mit der Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung, nach der entschädigungslosen Enteignung des Auslandskapitals, der 500 Superreichen und der korrupten Clique, die die iranischen Massen so lange ausgebeutet haben. Die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien für eine demokratische Planwirtschaft; Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Banken, Büros und im Staat. Eine echte Landreform: Enteignung der schmarotzerischen Großgrundbesitzer und geht das Land den Bauern, die es bebauen! Für eine Arbeiterregierung. Um diese Forderungen zu erfüllen, wäre es notwendig, Aktionskomitees von Arbeitern zu gründen, vorzuschlagen, daß diese Komitees auf die kleinen Ladenbesitzer und auf andere Selbstständige, auf die Streikkräfte und Bauern ausgedehnt werden und untereinander Verbindungen herstellen. Lenins Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine mächtige Waffe der russischen Revolution. Marxisten in Iran sollten ebenfalls die demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen, gleichzeitig aber für die Einheit der Arbeiterklasse kämpfen. Mit einem solchen Programm könnte sich eine Organisation von einigen Tausend in kurzer Zeit zu einer

Massenpartei entwickeln und eine echte Arbeiterdemokratie im Iran errichten.

Perspektiven

Sollte der Aufbau einer marxistischen Tendenz im Iran nicht gelingen, dann ist es möglich, daß das Vakuum von anderen Kräften ausgefüllt wird. Unter dem spontanen Druck der radikalisierten Massen und angesichts der Sackgasse eines halbkolonialen Land unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftskrise könnte ein bonapartistisches Regime gezwungen sein, das kapitalistische Eigentum abzuschaffen und einen Staat zu errichten, der ohne die Kontrolle der Massen in seinen Grundlagern einem stalinistischen System wie in Rußland oder China gleicht, jedoch mit der Ideologie eines "islamischen Sozialismus" verkleidet sein würde. Dieser Möglichkeit steht jedoch die Stärke und das Klassenbewußtsein des jungen iranischen Proletariats entgegen. Es würde sich nicht ohne Kampf in einer stalinistischen Diktatur unterjochen lassen. In seinem mehrmonatigen Generalstreik hat es seine Kampfkraft und seine Fähigkeit bewiesen, sich zu organisieren. Jetzt entwickeln sich, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, wieder Gewerkschaften. In der neuen und treueren Atmosphäre wachsen sie schnell zu Massenorganisationen an. Der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung des Irans liegt bei der Arbeiterklasse!

Im heutigen Iran sind die Massen äußerst radikalisiert. Dies spiegelt sich sogar in der religiösen Opposition wieder: deren linker Flügel propagiert einen "islamischen Sozialismus". Ihr Sprecher, Badi Sadr, ein Berater Khomeinis, tritt für die Abschaffung des Privateigentums, für die Errichtung von Gemeineigentum und für einen "dritten Weg" zwi-

schen Kapitalismus und Kommunismus" ein. Khomeini selbst enthält in seinen Schriften ein total reaktionäres und zugleich utopisches Programm: Er will zu einem religiösen Regime einer fernen Vergangenheit zurückkehren, in dem die muslimische Hierarchie eine erhebliche Machtstellung im Iran innehatte. Er hat im Prinzip nichts gegen die kapitalistischen Eigentumsrechte, außer daß er jegliche Zinsen abschaffen will. Doch der Kapitalismus kann ohne Zinsen nicht funktionieren. Wenn der Ayatollah also auf kapitalistischer Grundlage seine Macht und seinen Einfluß bewahren will, dann wird er unvermeidlicherweise einen Kniefall vor den iranischen und internationalen Bankiers machen müssen.

Vor seiner Abreise befahl der Schah seinen Generälen in einer geheimen Sitzung: "Ihr müßt 2 Millionen, um die aufrührerische Masse zu befrieden und die Kontrolle wieder herzustellen." Heute liegt sein Regime auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer wären sogar (wie in Hitler-Deutschland und Franco-Spanien) zu noch größerem Blutvergießen bereit, wenn sie die Gelegenheit hätten, dadurch ihr System vor dem Sieg der Revolution zu retten.

Doch jetzt haben die iranischen Massen selbst ihr Schicksal (und viele Waffen) in der Hand. Tagtäglich diskutieren sie, denken nach, ziehen Schlußfolgerungen, lernen die Lektionen aus ihren Erfahrungen und versuchen, einen alternativen Weg zu finden. Wenn sie aus ihrer Mitte eine marxistische Führung hervorbringen, dann wird die sozialistische Revolution im Iran siegreich sein. Die Massen, bewaffnet mit richtigen Perspektiven, mit klaren Zielen vor Augen und für Aktionen mobilisiert, sind unbesiegtbar!*

(Von Ulf Retekip)

FRANKREICH: REBELLION DER STAHLARBEITER

Arbeiter stürmen die Zentrale ihres Arbeitgeberverbandes. Straßensperren werden errichtet, ein besetzter Fernbus, Straßenschlachten mit der Polizei. Über einen von Arbeitern eingerichteten Radiosender werden Informationen über den Verlauf des Widerstandes gegen geplante Massenentlassungen verbreitet.

Diese Aktionen werfen ein krasses Licht auf die Ausweglosigkeit, vor der die Stahlkocher Lothringens stehen. Die oftsten Auseinandersetzungen in Longwy bilden das vorläufige letzte Glied in einer Kette von eintägigen Generalstreiks, Warnungen vor einer sich verschärfenden Stahlkrise und Demonstrationen, die auf die sich rapide verschlechternden sozialen Verhältnisse hinweisen sollten, jedoch ungehört blieben.

Es werden weiterhin Subventionen in Milliardenhöhe in die Stahlindustrie gesteckt, obwohl dadurch kein einziger Arbeitsplatz sicherer geworden wäre. Im Gegenteil. Das Verhältnis von Subventionen und vernichteten Arbeitsplätzen spricht für sich:

1970: 2,6 Mrd. Francs Subventionen, 10.000 Arbeitsplätze vernichtet!

1975: 1,5 Mrd. Francs Subventionen, 3.500 Arbeitsplätze vernichtet!

1977: 2 Mrd. Francs Subventionen, 16.000 Arbeitsplätze vernichtet!

Schließlich stellte die Regierung 1978 die wichtigsten - jedoch bankrotten - Stahlunternehmen unter "Staatskontrolle", um mit Hilfe von Steuergeldern jetzt das durchzuführen, wofür die Stahlbarone kein Geld ausgeben wollten: bis Ende 1980 sollen 21.000 Stahlkocher entlassen werden.

Besonders drastisch wirkt sich diese Wirtschaftspolitik in Lothringen aus. Einer ganzen Region, die hauptsächlich von der Stahlproduktion lebt, droht die Verelendung. So sollen in den Städten Longwy 7.342 und Rombas 4.256



Fransösische Polizei verprügelt Stahlarbeiter

Hayange 3.815 Arbeiter entlassen werden. Die Radikalisierung hat ebenfalls den Mittelstand ergriffen. Ärzte, Rechtsanwälte und Kleinhandlärer demonstrieren mit den Arbeitern für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Durch mehrere Massendemonstrationen, mit bis zu 80.000 Teilnehmern allein in Metz, geben die Stahlarbeiter ihren Gewerkschaften die nötige Rückmeldung und machen den Stahlbaronen klar, daß sie nicht bereit sind, über die Entlassungen zu verhandeln. Selbst in den eigenen Reihen werden Betriebsratsitzungen, wo über das Wie und Wann der Entlassungen verhandelt werden soll, von Arbeitern gesprengt. Wiechemer kürzlich beendetem Stahlstreik in NRW, so geraten auch in Lothringen genützte Gewerkschaftsführer unter den Druck der Basis und sehen sich dazu genötigt, wortradikaler aufzutreten. Teilweise werden "Aktionen von einer gewissen Gewalt" angekündigt.

Die Kommunistische Partei (KP) und die Sozialistische Partei (SP) unterstützen halbherzig

den Widerstand der Stahlarbeiter. Es wird zwar viel geredet aber wenig getan und mobilisiert. Und das in einer Situation, wo das Lager des Gegners zunehmend unsicherer wird. Die vielen Flügel der bürgerlichen Parteien auf politischer Ebene verleihten diese Zerrissenheit.

Gehandelt durch die Verhältnisse im Parlament verweist zum Beispiel die SP darauf, daß sie nicht über die nötige Mehrheit verfüge, um die Stahlarbeiter zu unterstützen und sie sich daher nicht zu sehr auf ihre Hilfe verlassen könnten. Hier wird übersehen, daß das Ende einer vorläufigen Wahl (Parlamentswahl 1978) nicht gleichzeitig das Ende des Klassenkampfes bis zur nächsten Wahl in 5 Jahren bedeutet. Zum Ergebnis des Wahlausgangs 1978 meinte ein weitsichtiger Kommentator: "Mit dem zweiten Wahlgang sind die Wahlen nicht beendet. Ein dritter steht bevor, doch er wird auf der Straße ausgetragen werden."

Die politischen Vertreter der Arbeiterbewegung erhalten für ihre beschwichtigende Politik jetzt die Quittung. So mußten von Marchais (Führer der KP) einige innerparteiliche Zugeständnisse gemacht werden. Mitglieder können ihre Meinung viel offener sagen, ohne aus der Partei ausgeschlossen zu werden, falls diese Kritik führenden Genossen nicht passen sollte. In der SP verschärfte sich ein anwachsender linker Flügel um die sogenannte CERES-Gruppe größeres Gehör.

Doch die oppositionellen Stimmen in den Arbeiterparteien sind noch zu schwach. Sie konnten nicht verhindern, daß während der Parlamentswahlen 1978 sich die Führungen von KP und SP in bürokratischen Eifersüchteleien zergingen. Sie stritten sich, wie hoch die Anzahl der zu verstaatlichenden Unternehmen sein kann, ohne die Privatwirtschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen. Die Resultate der "verstaatlichten" Unterneh-

men innerhalb eines kapitalistischen Rahmens und ohne demokratische Arbeiterkontrolle- und -verwaltung zeigen sich jetzt in Lothringen.

Wenn die Aktionen der Stahlarbeiter nicht verpuffen sollen, muß sich die bisherige Politik der KP und SP sowie der von ihnen gesteuerten Gewerkschaften CGT und CFDT ändern. Die Politik des friedlichen Zusammenlebens mit den Kapitalisten muß zurücktreten zugunsten der Mobilisierung aller Arbeiter nicht nur für einzelne Verstaatlichungen, sondern für die umfassende Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung bei gleichzeitiger Errichtung und Durchführung eines demokratischen und rationalen Produktionsplan. Denn solange bürgerliche Regierungen Wirtschaftsbetriebe verstaatlichen, sind die Arbeiter noch längst nicht vor Entlassungen sicher. Ein erster Schritt in Richtung Mobilisierung wäre eine offene Diskussion über Strategie, Programm und Ziele in den Organisationen der Arbeiterbewegung, deren Ergebnisse dann die Grundlage für ein marxistisches Programm bilden.

Wenn die Arbeiter von Lothringen es durch ihre lokal begrenzte Aktionen geschafft haben, daß die Regierung die Entlassungen erst einmal verschiebt, was könnte mit einem gemeinsamen Kampfprogramm erreicht werden, dessen Durchführung nicht von gemäßigten Gewerkschaftsführern blockiert und von nur nach parlamentarischen Mehrheiten scheidenden Arbeiterführern verwässert würde?

Ein erfolgreicher Kampf der Stahlarbeiter gegen Massenentlassungen sowie die Ausweitung dieses Kampfes gegen die Kapitalisten insgesamt, könnte eine große Signalwirkung für die europäische Arbeiterbewegung haben, die heute überall mit den gleichen Problemen konfrontiert wird.*

(Ingolf Becker)

IRAN: SCHAH-REGIME AM ENDE

BARRIKADEN IN DEN STRASSEN TEHERANS, STRASSENSCHLACHTEN ZWISCHEN DEMONSTRANTEN UND ARMEE, TRUPPEN DESERTIEREN, SOLDATEN MEUTERN, DIE ARMEE ZEIGT AUFLÖSUNGSEIGENTUMEN, VERSCHIEDENE TRUPPENTEILE LIEFERN SICH GEGENSEITIGE GEFECHTE! DEMONSTRANTEN ERHALTEN WAFFEN. DAS IST DIE SITUATION IM IRAN IM MONAT FEBRUAR.

Die Lage hat sich nicht beruhigt seit der Schah das Land verlassen und die Regierungsgewalt an Ministerpräsident Bakhtiar übergeben hat. Im Gegenteil: die revolutionäre Explosion richtet sich jetzt gegen Bakhtiar. Tausende wurden getötet oder verletzt, als unbewaffnete iranische Jugendliche der mit MP's und Schnellfeuerwaffen bewaffneten Armee gegenüberstanden.

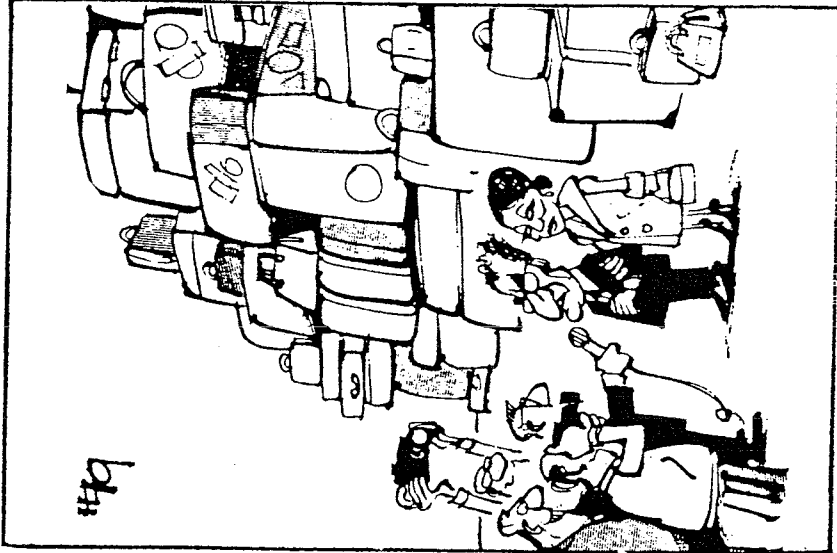
Aber die Armee selbst blieb nicht immun gegenüber der revolutionären Stimmung: Soldaten marschierten mit in regierungsfreundlichen Demonstrationen und übergaben ihre Waffen an die islamischen Geistlichen. Am 10. Februar erreichte die Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt, als die Soldaten einer ganzen Kaserne meuterten und Waffen an die Zivilbevölkerung verteilten. Bakhtiar, der "Demokrat" schickte sofort andere Einheiten zum blutigen Einsatz gegen die Rebellen.

Buchstäblich jede Großstadt ist ein Zentrum der Bewegung. Ein totaler Generalstreik legt seit Dezember das Land still. Das streikende technische Personal hat trotz strengster Sicherheitsvorkehrungen das Computer-Informationszentrum der Luftwaffe in Täbris lahmgelegt. Dadurch wurde im Dezember ein Putschversuch verhindert. Das zentrale Computerprogramm wurde so unprogrammiert, daß - wie immer auch die Eingabe ist - die Antwort stets lautet: " Yankee go home! "

Neugegründete Gewerkschaften entwickeln sich zu Massenorganisationen. Neben religiösen Schriften finden plötzlich auch

Schriften von Marx, Engels, Lenin, Che Guevara und anderen reißenden Absatz.

Die Revolution hat den Schah bereits gestürzt. Jetzt richtet sie sich gegen seinen Statthalter Bakhtiar. Die Suche der Bevölkerung nach einer revolutionären Veränderung kommt in den Demonstrationen zum beendeten werden.



„Wie gesagt, es handelt sich nur um ein paar Tage Ferien.“
Hinzugefügt: Nebelkammer

Ausdruck: "Gegen den Imperialismus (USA)-, gegen den Kommunismus (UdSSR)-, gegen ausländische Investitionen -, für eine islamische Republik."

Die iranischen Massen mitführen der russischen Bürokratie. Sie wollen nicht die Diktatur, die sie jetzt bekämpfen, durch eine neue ersetzen. Ihre Abneigung gegen den "Kommunismus" ist in Wirklichkeit eine Abneigung gegen den Stalinismus. Nur auf einem marxistischen Weg kann jedoch jegliche Unterdrückung des iranischen Volkes beendet werden.

Bakhtiar wird früher oder später fallen. Was kommt danach? Eine islamische Republik wird voll von Widersprüchen sein. Eine Chomeini-Regierung wird die Revolution nicht zum Abschluß bringen. Die iranische Revolution wird weitergehen, bis die Arbeiter und Bauern ihr Land von aller Ausbeutung befreit haben.

KUKT PFEIFLE, München

VORAN- Seminar

Die Redaktion hat im März in Zusammenarbeit mit aktiven VORAN-Verkäufern 3 Seminare geplant: im Raum Hamburg (3./4.), im Raum Stuttgart (10./11.) und Raum Köln (17/18) Wer Interesse hat, möge sich bitte sofort bei der Redaktion melden. Es sind noch einige Plätze frei. Die Themen (die vielfachen Leser-Wünschen entsprechen) werden voraussichtlich sein:

- Dialektischer Materialismus
- Nach dem Stahlstreik: Welche Perspektiven für die BRD?
- Was will VORAN? Wie kann die Zeitung gestärkt werden?

Ich möchte
VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelle Exemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte beibehaltendes Adreßblatt
ausfüllen und einschicken.)

Postfach Essen, Bfz 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

IRAN-the revolution hijacked

Photo: Associated Press

THE OVERTHROW of the Shah by a mass movement in 1979 was welcomed by workers the world over. Yet eight years on, a grotesque parody of a revolution remains. Khomeini's brutal bonapartist regime has outlawed all independent workers' organisations, parties and the right to strike. The regime still rules in the name of 'Islamic Revolution'. But it is a regime of counter revolution. Because of the weakness, division and isolation of the Iranian ruling class after the Shah's overthrow it has had to disguise itself as a continuation of the revolution.

By Phil Hutchinson

It was only in the absence of a genuine Marxist party, based on the working class, that the Mullahs, who had become a symbol of opposition to the Shah, found themselves as leaders of the revolution. Under the dictatorship, the mosques had been one of the few places where any kind of criticism of the Shah could take place. Khomeini's denunciations of the Shah, from the reactionary standpoint of opposition to any kind of modernisation of the country, had, in the political vacuum which existed, earned him a reputation he did not deserve.

All the so-called workers' parties bear a responsibility for the confusion which inevitably existed in the minds of the politically untutored masses. The Tudeh (Communist Party) originally supported the Shah. Eventually they switched support to Khomeini. At no stage did they struggle for independent working class policies.

Under enormous pressure from the masses such as massive strikes and factory occupations and with the flight of half the capitalist class the regime was forced to announce the nationalisation of wide sections of the economy. But the Mullahs feared an independent workers' movement. They sought to reverse the land seizures which were taking place and undermine the independent workers' factory committees (shoras) which had sprung up during the revolution. Whilst the revolutionary energy of the masses burnt itself out the regime was able to consolidate a toe-hold for reaction and begin an offensive against the working class.

Imperialism

Even given the counter-revolutionary nature of the regime US imperialism feared its volatile anti-American character. This was especially shown in Khomeini's demagogic support for the seizure of the US embassy. Nevertheless, it was miscalculation on their part to stimulate Iraq to attack because it led, temporarily, to a strengthening of the Islamic regime. The regime could hide behind it using anti-imperialist demagoguery, to deflect the attention of the masses from the real social and economic problems within Iran itself.

US imperialism had a vested interest in promoting the war because this also tied up Iraq, preventing it from launching any hostilities against Israel, the USA's key ally in the region.

However, the impact of falling oil prices changed the strategic landscape for both sides in the war. Oil revenues financed 90 per cent of Iran's imports in the past. Iran's oil earnings have been

more than halved from 16 billion dollars annually to 6 billion. Continuing the war has meant choosing between buying arms and equipment or providing food for the population. The national debt is mounting alarmingly. The Iranian regime has to save up for every battle.

The war has cost the Iranian economy 300 billion dollars, or 100 million a day in a country whose GNP works out at 183 million a day. Inflation is running at 20-25 per cent. Half Iran's factories have been closed down. Most Iranian companies are operating at 25-40 per cent of capacity because of the crisis in the economy due to the collapse of oil export earnings. 30 to 40 per cent of the labour force are unemployed, and in addition there is severe underemployment. Living standards have fallen.

In a country with a population of 50 million Iran has lost between 500,000 and 700,000. One and a half million have been injured and there are 3 million refugees.

Despite lulls and downturns the working class movement has never ceased struggling since the coming to power of Khomeini. Whereas in 1981 and 1982 the regime's paid mercenaries the Hezbollah gangs would roam the streets terrorising the workers, today they fear provoking mass protests. There have been over 300 strikes and sit-ins officially recorded in the last two years. The regime has been forced to put whole areas under martial law to try and quell local uprisings.

Iran has suffered between 500,000 and 700,000 dead, one and a half million injured, and 3 million refugees in a country of 50 million. In the first two months of this year alone 45,000 Iranians and 20,000 Iraqis were either killed or wounded in just one offensive. The regime is confronted with more and more difficulties in supplying new soldiers to the front lines.

Workers faced with factory closure are told 'you are not unemployed there is a job for you ... at the front!' Confronted with the danger of being ganged into this hell hole of nerve gas, mines, bombs and bullets workers have gone on strike in certain industries against recruitment to the front. Anti-war demonstrations have been reported, and even the revolutionary guards have participated, with very signi-



Demonstrators in Tehran broke the windows and set fire to the Kuwaiti Embassy, condemning Kuwait as an accomplice after hearing reports of the death of 200 Iranians on the annual pilgrimage to Mecca in Saudi Arabia.

ficant signs of unrest within the Iranian armed forces. Recently leaflets against the war were given out by a General in Tehran. The authorities were unable to take any immediate action because he received enormous sympathy from the people in the streets.

The youth hide and refuse to join the forces. At first the war was seen as a heroic defence of the revolutionary nation against imperialist aggression, especially in the villages. Yet now even peasants try to hide the youth. Under threat of the sack 90 per cent of white collar civil servants refused to fill in a form to go to the front.

Iraq cannot hope to win the war against Iran. Both sides are bogged down. Iran hopes to overwhelm the Iraqi forces with three or four times the number of troops, using the Iranian youth as

so much cannon fodder. Iraq has more than 600,000 soldiers along a border of 700 miles.

Iran is making painful headway in the war on land and although this puts enormous pressure on Iraq, it is not without huge costs to Tehran. The failure to achieve a quick victory over Iraq has led a radical section of Mullahs to welcome a clash with the USA—'Great Satan'—in the Gulf.

Unrest

Paradoxically for the Mullahs, an end to the war would be dangerous. A victory would result in a wave of euphoria amongst the Iranian masses. The main justification for the policies of austerity and repression over the last seven years would disappear. There would be, at some stage, a massive new wave of strikes and unrest.

Thus even the possibility of some kind of negotiated end to the war has opened up enormous splits within the Iranian regime. However the economic crisis in Iran is the fundamental reason why the Iranian regime may be compelled at some stage to seek an end to the war.

A genuine revolutionary regime in Iran based on workers' democracy and internationalism would achieve an enormous echo from both the Iranian and the Iraqi masses. It would explain this as a war of the imperialist powers serving neither the Iraqi nor the Iranian masses. With an unconditional return to 1980 boundaries such a regime could easily inspire the Iraqi workers and peasants to revolution and open up the perspective of a socialist federation of Iraq and Iran as part of a socialist federation of the Middle East.

Private medicine's ultimate crime

A GROUP of children are playing football in one of the poorest parts of Medellin, a Colombian town at the foot of the Andes. Suddenly a big, shining Cadillac drives up. The children stop their game, curious at the unusual sight.

A couple of people get out of the car. Without saying a word they grab one of the children, put him in the car and drive off with

squealing tyres.

The little boy returns home a few days later with a bandage over one eye. Doctors find that a skilled surgeon has removed the cornea from his eye.

This case is not isolated; it is one of many. The police know it is the work of a criminal organisation, involving top surgeons and some of the wealthiest families in the country. Rich

people standing to benefit from transplants are willing to pay big money for the 'parts'.

According to reports, a surgeon involved has boasted that the business is "lucrative". The police seem unable to stop it. So the kidnapping and maiming of innocent children goes on.

By Soraya Lawrence

Iran 1979 - 1989

THE ABORTED RE

FAHRA FARHANG Rusta was arrested at 12 and executed at 19. Ayatollah Khomeini's orders to end the prison murders, even if implemented, will make no difference to him nor to the estimated 12,000 others butchered in Iran's prisons since July. It is now ten years since the revolution which toppled the Shah, ending one of the most repressive regimes in the world. Yet similar atrocities are being perpetrated by those who came to power following the revolution. The victims are often the same socialists and radicals who opposed the Shah. Why?

Revolution

THE MOVEMENT against the Shah marked the re-entry into history of the Iranian working class. In particular, the strike of the oil workers in September 1978 gave numerous other sections of workers the confidence to come out. The movement became, in effect, a massive general strike that lasted several weeks.

Emboldened by the movement of the industrial workers, other downtrodden layers of society, the peasants, the students and even the middle class, poured onto the streets. Demonstrations of millions split the armed forces and left the Shah defenceless.

Only the working class can carry through a healthy socialist transformation of society through the establishment of a regime of workers' democracy. To succeed in this task, however, conscious Marxist leadership is necessary.

In Iran in 1979 power was within reach of the working class. But it did not have the means to consolidate this power because it lacked a genuine Marxist party.

The Tudeh (Communist Party) had long been committed to the 'two-stage' theory of Stalinism: 'first' the struggle must be for 'democracy' on a capitalist basis, and only then can the struggle against capitalism be on the agenda. This false approach had actually led them to support the Shah as a 'progressive' up until just before his overthrow on the pretext that he was bringing modern capitalism to Iran!

The mujaheddin and the fedayin, basing themselves on the experience of guerrilla struggle in other Third-World countries, built a movement based on the peasantry. They lost out because the working class played the dominant role in the Iranian revolution.

Thus, in the absence of a revolutionary party of the workers, it was the mullahs (Islamic clergy) who stepped into the political vacuum at the head of the revolution. This was reinforced when the Tudeh opportunistically switched to support for Khomeini as his popularity increased.

The mullahs were bitterly hostile to the Shah's regime because they saw it as an agent of Western influences that would undermine Islam. In the absence of an effective socialist alternative, ironically, this conservative standpoint found an echo among the anti-imperialist mood of the masses. The clergy, in a society of mass illiteracy, increasingly became spokesmen against the Shah and turned the mosques into focal points for political opposition.

In spite of its leadership the revolution placed the tasks of socialist transformation on the order of the day. Most of the capitalists close to the Shah fled with him into exile. The working class took over the factories which the capitalists had abandoned. Under these conditions the mullahs were forced to take nearly all of modern manufactur-

ing into state control.

Had the revolution continued sections of the mullahs could have come under overwhelming pressure to make deeper inroads into capitalism and landlordism, possibly even to the extent of overthrowing it and establishing a workers' state in a hideously distorted form.

Revolution however, a thousand times more than a strike, is an enormous devourer of human energy. After months of struggle, without clear leadership and disoriented by the religious reactionaries at the head of the movement, the masses began to tire.

To understand the developments that followed it is necessary to be clear as to the nature of the regime created by the mullahs and social forces it depended on.

The 'bazaar capitalists' (the merchants and the smaller businessmen and manufacturers) had not fled at the time of the Shah's overthrow. They were less associated with foreign capital and the world economy, even though the 'bazaar' accounts for two thirds of wholesale trade in Iran and even more of retail. Socially and politically the bazaar capitalists were closer to the traditional middle class.

It is these layers in society, together with the peasantry, who have provided the mullahs with their main support. It is their interests and outlook, in conflict with the 'modernising' influence of big business, which have been translated into the peculiar mixture of extreme conservatism and xenophobic religious fanaticism of the Iranian regime.

While clashing with imperialism in many respects, the bazaar capitalists in no way stood for the overthrow of capitalism. Their aim was, if anything, to develop the capitalist economy under their own control. This made them, and those mullahs under their influence, hostile to the demands and struggle of the workers.

Thus, as the revolution ebbed, the regime began a gradual process of counter-revolution depriving the workers of their newly-won gains.

Under pressure from below, the regime's underlying policies were disguised with anti-imperialist and religious demagoguery. The seizure of the US embassy in Tehran in November 1979 by close associates of the regime was skillfully used to whip up anti-imperialist feelings and deflect the attention of the masses from the erosion of their rights and living standards.

However, the net effect of Khomeini's policies was to smash independent working-class organisation and rebuild an environment for capitalist growth. This in turn led to increasing pressure for re-opening the economy to the world market.

A regime of this nature, ruling by military police methods while balancing between the different classes in society, Marxists characterise as 'bonapartist'.

War

THE IRAQI invasion in September 1980 was also exploited by the regime to bolster its image as defender of the revolution.

War, in the famous words of the Prussian general Clausewitz, is the continuation of politics by other means. Iraq's dictatorial regime launched the invasion because they feared the contagious effect of Khomeini's fundamentalist propaganda among the Shi'ite Muslim majority in Iraq, who form the more exploited layers of the population.

Iraqi dictator Saddam Hussein miscalculated that Iran would be militarily weak because of the upheaval in the armed forces as a result of the revolution. A quick victory, he hoped, would enable him to grab the Shatt al-Arab waterway (in dispute since the last century) and win the regime at least some temporary prestige.

For its part, US imperialism was undoubtedly sympathetic to war against Iran. The Iranian revolution formed the most serious threat to its interests in the region at this stage - most immediately, to the pro-US rulers of the Gulf states controlling much of the world's oil supplies.

But Hussein had failed to understand that the Iranian masses would rally to defend the revolution against imperialist aggression. Initially they were prepared to make tremendous sacrifices, eagerly volunteering for the front in their thousands. Thus the speedy victory Hussein bargained for became a deadly stalemate.

But, as the war progressed, the mood in Iran was turned into its opposite. Prolonged war can under certain conditions put the existing social order under acute strain. It hardens the masses, stirring up the consciousness of even the least developed sections.

It makes enormous demands on the economy, while whole towns and industries are devastated. The longer it continues, the more the old order is threatened with disintegration.

In Iran, out of a population of 51 million, a million were killed and 630,000 permanently disabled. Each year the equivalent of ten years' oil income was destroyed. The masses were reduced to starvation levels.

As in many countries during the world wars, weariness set in and resistance to the war began to develop. Sections of the working class started taking industrial action against being press-ganged to the front.

Even in the villages a mood of defiance developed. Peasants hid their sons and fought with conscription officials to prevent them being drafted.

There were strikes and demonstrations in the closing stages of the war. In Moghan last April the whole town came out to protest against the removal of

essential equipment from their clinic. When the leaders were arrested and troops sent in, unarmed workers disarmed the soldiers, forced the release of their leaders and arrested the town's officials.

Women in Tehran demonstrated furiously against the disruption of water supplies and when the local mayor turned up to placate them they threw him off the platform!

Splits

BY EARLY 1987 it was clear that the Iraqi regime, beset with its own difficulties, was incapable of completely defeating Iran. This was one reason why the imperialist powers sent their navies to the Gulf.

However, with Iranian morale deteriorating it became apparent to certain army commanders, to sections of the capitalist class and even to the more perceptive mullahs that they, too, could not win the war.

A split developed within the regime over the question of whether and how to extricate themselves from the war. Fanatical exhortations to further butchery fell on deaf ears. No 'final offensive' could be mustered. The troops were becoming hostile to further orders for battle.

Soldiers returning from the front in the last few weeks of the war reported fraternisation between Iranian and Iraqi soldiers, with exchanges of drinks and gifts in 'no man's land'. It was not the pacifists' appeals nor the diplomats' 'initiatives' but the growing opposition of ordinary working people in and out of uniform to continue the slaughter which ended it.



One of the hundreds of demonstration

The aftermath of the war

THE END of the war brought bedlam to Iranian markets. Businessmen were imprisoned for bad debts and put in intensive care for heart attacks on hearing of the cease-fire. 'Thousands who had staked everything on the continuation of the war have still not recovered from the shock of peace', a Tehran businessman explained.

At the same time bankers and foreign capitalists began sweeping in to pick up contracts for repairing the war damage, estimated at \$400m. Thatcher and the Tory government, greedy for this lucrative market, are quite prepared to overlook the Ayatollah's mass murders despite their much-vaunted 'concern' for human rights in Nicaragua and Afghanistan.

US imperialism raked in profits throughout the war by selling

arms to both sides, whilst of course denying this publicly. Despite its hostility towards the Iranian regime, the US had no wish to see Iraq strengthened by victory as this would have increased the pressure on Israel, the US's most important ally in the region.

Even during the war the US was attempting to bolster the 'moderate' (i.e. more openly pro-capitalist) section of the Iranian regime. The Irangate scandal revealed that from 1985 onwards they were in contact with senior Iranian leaders, trading arms for hostages.

With the end of the war the US shifted more openly towards improving relations with Iran while moving further away from Iraq.

The Iranian regime has been wracked with splits by the conflict.

EVOLUTION



Photo: Morabadi/Reflex.

on the streets of Tehran.



Iran's notorious 'human wave' tactic: throwing thousands of youth with little training and few weapons against the Iraqi lines to act as human minesweepers and try to overwhelm the enemy by sheer numbers.

Workers' anger

INEVITABLY THE split in the regime is deepening the ferment among the masses and emboldening the workers. Despite the government's attempt to strangle opposition, it is being forced by mass pressure to legalise opposition parties.

Eighteen parties have applied to register under these new proposals. In addition there is the Freedom Movement under the leadership of Bazargan who had opposed the Shah and is associated in the minds of the masses with the first period of the revolution when democratic freedoms still existed.

The Mujaheddin, whose membership ran into hundreds of thousands in 1979, have lost their mass base since their leadership fled to Iraq and fought on the Iraqi side in the last stages of the war.

The mullahs are terrified of growing mass discontent as a result of the brutality and hardship of the war. Workers are demanding compensation for eight years of sacrifice. There have been wage strikes in industry and in the brickyards, where demand is up because of reconstruction, and demonstrations in Tehran against bus fare increases.

The reign of terror in the

prisons was a consequence of the panic within the regime. It struck out pre-emptively at any possible focus of opposition — especially political prisoners for whose release it fears a campaign may develop.

Mujaheddin leaders have been executed as well as religious and military leaders who have criticised the war or the regime. Kurdish groups, religious dissenters and thousands of youth identified with socialist or other opposition ideas have been butchered.

Despite the Tudeh's support for Khomeini's dictatorship, even after the banning of its newspaper, virtually its entire leadership has now been wiped out. Prisoners who were released after recanting their views have been re-arrested and murdered.

Up to 80,000 have been murdered since 1981. Of the bodies which have been found many show the marks of severe torture. Teenage girls have been raped by prison guards to get round an Islamic law prohibiting the execution of virgins.

Khomeini's apparent halting of the killings, far from being a humane gesture, reflects the fact that vast numbers of the regime's known opponents are now dead. But some reports suggest the killings still continue.

New Period

THE SHIFT within the regime has helped the capitalist class to largely recover from the onslaught of the revolution. Enriched by the war, it is now preparing to create a better climate for trade.

The hypocritical publicity around the ending of the prison murders is part of an attempt to 'clean up' its image. Concomitantly the regime needs to be purged of its anti-capitalist and anti-imperialist demagogues.

Inevitably such changes will entail political upheaval. It could result in the downfall of the regime at a certain stage and its replacement by a regime including lay politicians such as Bazargan or even sections of the military.

However, on a capitalist basis any new regime, despite cosmetic trimmings of democracy, would lean heavily on military-police methods to repress the workers' organisations.

Ten years after the revolution none of the problems of Iranian society have been tackled. Industry is operating at 30 per cent capacity while capitalists speculate rather than invest.

There have been massive redundancies in manufacturing due to lack of funds for machinery and materials. Two million workers were sacked in

1987 alone. Unemployment is estimated at 5-6 million, though official figures put it much lower. Another two million in war-linked jobs will soon be added to the unemployed.

Iran has the youngest population in the world, with 45 per cent of the population under 15 — an explosive ingredient for the future. Yet in 1986 and 1987 together only 110,000 new jobs were created. Inflation stood at 30 per cent in 1988. Workers queue for food and towns are blacked out.

The working class has come through the horrors of counter-revolution. But with the onset of peace a new prospect opens up.

The workers' fighting capacity has not been crushed despite the repression of the last decade. As the economy is rebuilt even partially the workers will have the opportunity to go onto the offensive again.

From illusions in religion and nationalism the youth are prepared to look for new ideas. Within the generation of workers and youth that will come to the fore, the forces can be developed for a leadership based on the ideas of Marxism that will carry Iran's revolution towards the accomplishment of its tasks.

ting class pressures upon it. Rafsanjani, speaker of the majlis (parliament), has emerged as a skilful manoeuvrer, blending radical demagogy with encouraging the capitalist class.

US agents have worked through those around Rafsanjani, whose prestige they sought to boost since they saw him as a possible lever with which to begin to bring the regime towards a more pro-western position. In his inaugural speech US President Bush strongly hinted that he was prepared to do a deal with the Iranian regime in return for hostages.

Khomeini, a grotesque Bonaparte, has distanced himself from the immediate conflicts in the regime whilst giving Rafsanjani his blessing. Khomeini and Rafsanjani have attempted to bolster their position by con-

solidating more and more power in the hands of the presidency.

Argument has been raging since the end of the war about whether to increase state ownership or whether to bolster capitalism by further privatisation and a partial re-opening of the country to imperialism.

Prime Minister Mousavi has been demagogically playing on the mood amongst workers for the continuation of the revolution through more sweeping measures of state control. He has been denounced by Khomeini and Rafsanjani.

Even Ayatollah Montazeri, who has been very close to Khomeini in the past, has fiercely criticised the prison murders. This shows how each would-be successor to the dying Khomeini is prepared to pay lip service to

the hopes of the masses.

On the other flank are the extreme conservative section of the mullahs reflecting the most backward strata of society. They have attempted to block land reform and other revolutionary steps while also opposing all western influences. They have become increasingly isolated, particularly with the ignominious end to the war which they clung to.

Despite the blatant lack of political freedom these issues will come to the surface in next September's presidential elections. Every intelligent representative of the ruling class is searching for a way of rebuilding the economy as further austerity will guarantee social upheavals. But no permanent solution to the problems is possible on a capitalist basis.

Iran

After Khomeini

THEY HAD to hold two funerals for Ayatollah Khomeini. The first was swamped by two million mourners, working themselves up into a frenzy of grief. The helicopter bringing the body to the burial ground was besieged. The shroud was torn from the body and ripped into shreds by zealots desperate for a fragment of the 'holy' fabric. At least eight died in the crush.

By Jeremy Birch

And in a final macabre indignity, the body fell to the ground. A second, successful attempt to bury it was held that evening.

This was the largest gathering in Iran since Khomeini made his triumphal return in 1979. His first address to the enthusiastic masses was from the very same cemetery where he has now been buried.

But ten years ago the thousands rallying at the Behesht Zahra Martyrs cemetery were celebrating the high point of a revolution. The Shah had just fled the country. Under the impact of mass demonstrations and strikes the state apparatus, armed and financed by US imperialism, had cracked. Only the hated Savak secret police remained loyal to the monarchy. They had nowhere else to go.

Power resided in the streets of Tehran. Factory committees sprang up. But the abject failure of the left organisations, especially the Tudeh (Communist Party), to lead the independent movement of the workers allowed the mullahs (Islamic clergy) to dominate. An ageing cleric, Ayatollah Khomeini, became the spiritual and political leader.

Khomeini and the mullahs had an aura of opposition to the Shah. But their opposition was primarily to the Shah's industrialisation and modernisation of Iran, which threatened their control of education for example. Religious lands were also taken over. The potential for socialist democracy existed, but the Tudeh dissolved itself into Khomeini's movement.

Many of the big capitalists followed the Shah into exile, others were irredeemably compromised by their association with him. Workers took over many of the factories and the mullahs were forced to bring them into state ownership. A state monopoly of foreign trade was established.

The mullahs antipathy to the 'decadence' of the west was translated by the masses into opposition to foreign interference and exploitation. Khomeini utilised the occupation of the US embassy in Tehran of November 1979 to oust liberal capitalist politicians from the government and consolidate power.

The mullahs' primary basis was among the bazaar capitalists - traders and smaller capitalists - who were opposed to the influence of foreign capital and the multinationals. Their assets were left untouched.

As the revolutionary energy ebbed the mullahs moved against the workers' committees. They mobilised the urban poor, especially the many thousands who had flocked to the cities from the countryside but

could not be absorbed by industry.

These became the mainstays of the Revolutionary Guards who dealt with strikers, worker activists and finally, despite their cheerleading for the mullahs, the left organisations.

A brutal theocratic regime was instituted, ruthlessly suppressing the rights of the working class. With scarcely any opposition tolerated, however, different pressures were reflected amongst the mullahs themselves. There were sharp clashes over the degree of state intervention in the economy and over trade and co-operation with the west.

Now, ten years after the revolution, Iran is facing enormous difficulties. The war with Iraq has left heavy costs - not just of 600,000 lives, but in terms of destruction of industry and of the vital oil terminals and serious dislocation of the economy.

Ayatollah Montazeri, Khomeini's original named successor, fell from favour in March with his open admission of "short-comings, discrimination, social injustice, low earnings of the deprived sector of society and soaring prices." He challenged the prime minister: "You cannot any longer use the excuse of war for the long queues for basic foodstuffs and ration coupons."

The faction around speaker of the parliament Rafsanjani recognises the necessity of western investment, loans and technology to rebuild Iran's ravaged industry. President Khomeini, named as "leader of the revolution" in succession to Khomeini, also seems to back these ideas.

Rafsanjani will try to open Iran to foreign investment, but there will be fierce opposition within the regime

Earlier this year Khomeini himself agreed to foreign borrowing to finance major projects and loosened state control of foreign trade. The heavy industry minister Behzad Nabavi defended this: "If some people get rich this way we should not howl and say our socialist principles have been damaged. We should make the best use of all foreign exchange outside official channels."

However, others within the regime, including Khomeini's son Ahmad, are opposed to any economic relaxation or to links with the west. These differences came to ahead over the death threat to Salman Rushdie.

The 'radicals' convinced Khomeini to issue the threat but Rafsanjani and Khomeini were distinctly unhappy, recognising the damage it could do to relations with the west. But the hysteria whipped up among the Iranian masses in support of Khomeini's call obliged Rafsanjani to issue still more blood-curdling demands, for the murder of five Americans or Britons for every Palestinian killed. He subsequently claimed he had been misinterpreted!

Now it seems that, with Khomeini, Rafsanjani has emerged as the dominant figure in Iran, not least because as acting commander-in-chief he has the allegiance of the army and of the Revolutionary Guards, which he has tried to bring under control by



Power resided in the streets of Tehran at the start of the revolution. But the failure of the left organisations, especially the 'Communist Party', allowed Khomeini and the Islamic clergy to put themselves at the head of the masses. As the revolution ebbed the mullahs and their 'Revolutionary Guards' moved against the workers' committees.

incorporating them into armed forces.

It was Rafsanjani who initiated a constitutional review which is recommending the presidency becomes an executive, no longer a largely ceremonial post. And the only candidate so far when Khomeini steps down as president is Rafsanjani. "We need a concentrated executive power," he says.

He stands for a more stable capitalist regime, less prey to the whims and squabbles of the mullahs.

Undoubtedly Rafsanjani and Khomeini will want to open up Iran to more foreign investment, allow more economic freedom to the capitalists, perhaps handing back state assets. But there will still be fierce opposition from others within the regime, even trying to organise protests in the streets through the fundamentalist network.

However, any idea that the 'moderate' Rafsanjani offers anything better for the working class than Khomeini or the rigid fundamentalists should be scotched at once. He is reputed to have been a self-made millionaire before the revolution and now to hold a personal monopoly over lucrative pistachio nut exports.

He was instrumental in the bloody post-war purges in the armed forces. He is reported to have visited one barracks, ordered the arrest of 200 men and the immediate execution of 35.

However, it is the working class that will determine the final shape of Iran. Lacking leadership, the revolution was stolen from them. But despite the repression it is they the regime still fears.

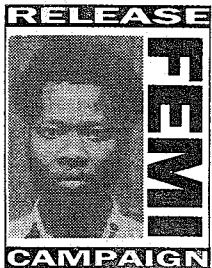
The regime was alarmed by the growing anger at the privations of the war. It was Rafsanjani who convinced Khomeini of the need to seek an armistice, warning: "We could all swing in the main square of Tehran."

Now the regime is fearful of the impact of the 70 per cent inflation and the four million unemployed. That is why they know they must try to restore the economy.

Khomeini's death is an opportunity for the workers to think back over the dramatic events of the last decade and to learn the lessons. Only by relying on their own strength, their own organisations and their own independent programme can they liberate the Iranian people from capitalism and religious obscurantism.

Nigeria

Youth head upsurge



NIGERIAN PRESIDENT Babangida's planned visit to France had to be cancelled last week as demonstrations and rioting continued to sweep the country. An estimated 100 were killed in a week, including 12 policemen, and 1,500 arrested.

The anger was triggered by price rises imposed under the regime's 'Structural Adjustment Programme' which has earned Thatcher's praise.

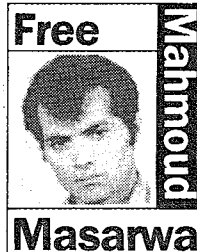
Students and unemployed youth were in the forefront. Colleges and schools have been shut down in several regions.

The labour movement internationally must support the struggle of Nigerian workers and youth to defend their living standards and democratic rights through the newly-formed Labour Party. Pressure must also be kept up on the regime for the release of Femi Abojisade, trade

unionist and editor of the Marxist paper *Labour Militant*, who has been imprisoned without charges since February.

Please send protests to Nigerian High Commissioner, Nigeria House, 9 Northumberland Ave, London WC2N 5BX; and to President Babangida, Lagos, Nigeria.

Copies and donations to Nigerian Labour Defence Campaign, c/o 42 Humberston Rd, London SW9.



MAHMOUD MASARWA, Palestinian trade unionist imprisoned in Israel since last July, has been moved back to his cell as a security prisoner. It means that restrictions on him will be tightened, for example on reading material. He will no longer be able to make phone calls.

There has been no explanation from the prison authorities. His family have been denied a visit for the last three weeks. It is therefore even more important to keep sending messages of support to Mahmoud. He has been receiving the specially produced postcards - so continue to send them!

The Israeli state is deliberately prolonging the trial to try to diminish interest and support. Mahmoud has the leading civil rights lawyer in Israel for his defence but money is urgently needed to finance this. Please send all donations to Labour Movement Campaign for the Release of Mahmoud Masarwa, PO Box 542, London E2.

IRAN - REIF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

"Die demonstrierende Menge, angeführt von Jugendlichen und verschleierten Frauen, schwärmte über den Dschaleh-Platz aus... Wütend über das Kriegsrecht, das Stunden zuvor verhängt worden war, schrien sie Ajatollah Noori (den religiösen Führer) nieder, der sie eindringlich aufforderte, sich zu zerstreuen. Dann begannen sie, die Soldaten mit Pflaster- und Ziegelsteinen zu bewerfen. Langsam, die Tränengasschwaden hinunterwürgend, rückte die Menge näher an die Truppen heran. Schließlich erhoben diese ihre Läufe und feuerten einzelne Salven in die Luft. Dann senkten sie die MPi's, und als die Menge weiter auf sie zurückte, jagten sie Salve um Salve in die Reihen der Demonstranten." - Die Demonstranten trugen Schilder und Transparente, die "Rache dem brutalen Schah und seinen amerikanischen Imperialistenfreunden" schworen, und sie verlangten eine "sozialistische Republik, begründet auf den Islam". ("Newsweek" vom 18. 11. 78, ein Sprachrohr des US-Großkapitals).
Hauptstadt des Iran, das zu mindestens 3.000 Todesopfern führte, war die Antwort des einst in Europa als "Menschenfreund" bejubelten Schah Reza Pahlevi von Persien auf die größte Oppositionswelle gegen seine blutbefleckte Diktatur, seitdem er durch einen vom US-Geheimdienst CIA organisierten und finanzierten Putsch an die Macht zurückgebracht worden war.

Militärregierung

Inzwischen hat der Schah einer Militärregierung die Macht übergeben. Diese setzte sofort alle Mittel ein, um den Streik der Beschäftigten in der Ölindustrie aber auch in vielen anderen Industriezweigen zu brechen.

Fast alle größeren Städte stehen unter Kriegsrecht. Gleichzeitig ließen die Militärs in einem verzweifeltem Versuch, die Massen zu besänftigen, einige "korrupte" Politiker zu verhaften.

Die 200.000 Mann starke Armee und die 65.000 Geheimpolizisten der SAVAK haben alle Hände voll zu tun, um den Inhaber des Pfauenthrons vor seinem unmittelbarem Sturz zu retten.

Schon seit Beginn des Jahres sind in regelmäßigen Abständen Wellen von Massendemonstrationen, Versammlungen und Streiks über die Städte des Landes hinweggerollt.

Monatelang hat die bürgerliche Presse die Zusammenstöße in einem ganz falschem Licht dargestellt. Für sie war es im Konflikt mit dem "progressiven Schah", der

angeblich politische Liberalisierung und wirtschaftliche Industrialisierung anstrebte, und dem "reaktionären islamischen Klerus", der die "Modernisierung" der Gesellschaft verhindern wollte. In Wirklichkeit hat der Islam höchstens eine zweitrangige Rolle gespielt.

Elend

Die Triebfeder hinter den aufflammenden Unruhen ist die katastrophale soziale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die an den Früchten der gewaltigen Industrialisierung der letzten 20 Jahre keinen Anteil erhielt.

Im Gegenteil - der Aufbau der Industrie wurde hauptsächlich durch eine extreme Ausbeutung der Arbeitskräfte finanziert. Viele Arbeiter verdienen nicht mehr als 200 DM jährlich. 74 % der Industriearbeiter liegen unter dem auf Papier garantierten gesetzlichen Mindestlohn. In vielen Industriezweigen dauert der Arbeitstag von 5 Uhr früh bis 8 Uhr abends. 20 % aller Kinder müssen elend sterben, bevor sie ihr 5. Lebensjahr erreichen. 65 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Die vielgerühmte "Landreform" des Schahs enteignete 1.200.000 Kleinbauern! Sie wurden dadurch ihres Bodens beraubt. 500.000 von ihnen wurden in die Elendsviertel der Städte getrieben, wo sie kaum Arbeit und Wohnungen finden. Nur die reichsten Großgrundbesitzer bleiben auf dem Land zurück. Vor 3 Jahren wurde geschätzt, daß bei gleichbleibendem Tempo der Landflucht von der heute 18 Millionen umfassenden Landbevölkerung (die Hälfte der 34 Mio. zählenden Gesamtbevölkerung) bis 1982 nur noch 5 Millionen übrig sein werden.

In Teheran alleine sind heute schon mehrere Hunderttausend Familien obdachlos, während andererseits in manchen Vierteln Luxuswohnungen im Wert von 300.000 DM leerstehen.

Reza Pahlevi, dessen Staatsbesuch in der BRD schon 1967 zu empörenden Protestdemonstrationen führte, hat lange genug mit der Peitsche geherrscht. Die Arbeiter, Bauern und Studenten schlagen jetzt zurück.

Rolle der Kirche

Die Proteste gegen seine Terrordiktatur waren anfangs, trotz ihrer sozialen Ursachen, in einen religiösen Mantel gehüllt. Unter Bedingungen, die sie jeder offiziellen politischen Versammlungsfreiheit beraubte, fanden die Massen als einzige Örtlichkeiten, in denen sie sich unbehelligt von Polizei und Armee versammeln konnten, in den islamischen Moscheen Zuflucht. In einer totalitären Gesellschaft, in der die Kirche die einzige halbwegs vom Staat unabhängige Institution ist, kann es gar nicht anders sein, als daß darin die unter der Oberfläche brodelnde Wut der Massen gegen diesen Staat zum Ausdruck kommt, wenn auch in einer sehr unklaren und verzerrten Weise.

Eine ähnliche Rolle spielte auch die katholische Kirche in Lateinamerika. Und in den letzten Jahren der Franco-Diktatur fanden die spanischen Arbeiter die einzige Möglichkeit, Massenversammlungen abzuhalten, in... Kirchen!

Religiöse Führer

Zweifellos unterstützen die unteren Ränge der islamischen Priester den Widerstand und die Massendemonstrationen gegen das Regime von ganzem Herzen. Doch andererseits hatte die Spitze der schiitischen Moslems eindeutig reaktionäre Ziele: Sie stellte sich aus rein egoistischen Gründen an die Spitze der Massenbewegung, die sie auszunutzen gedachte, um ihre eigenen Machtpositionen von früher im Staate wiederzuerobern.

Ihre anfänglichen Hauptforderungen waren: die Wiederherstellung der iranischen Verfassung



Die Brutalität des Regimes, das angeblich "liberalisiert"...

von 1906, die einem 5-köpfigen Rat islamischer Würdenträger entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewährte und eine Kalenderreform, welche die zu Gunsten einer "monarchistischen" Zeitrechnung abgeschaffte islamische Zeitrechnung wiederherstellen sollte.

Im Zuge der Entwicklung Irans zu einem modernen Industriestaat ist nämlich die Rolle des Islams im gesellschaftlichen Leben allgemein gesunken. Die frühere Macht der religiösen Würdenträger ist zugunsten der absoluten Monarchie des Schahs der Führungsschicht der rasant auferüsteten Armee zurückgegangen. Das massiv hereinströmende Auslandskapital und die aufsteigende einheimische Kapitalistenklasse haben die Großgrundbesitzer als alleine herrschende Klasse verdrängt.

Doch denschitischen Mullahs und Imanen wuchs die Massenbewegung, die sie selbst mit entfacht hatten, über den Kopf. Immer mehr rücken die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen Massen in den Vordergrund. Die Kämpfe werden immer weiter ihres religiösen Mantels entkleidet.

Der Schah gestand zwar in aller Eile die von dem Klerus geforderte Kalenderreform zu, doch — zu spät! Ein neues Kalenderdatum macht die Massen nicht satt. Die neue Zeitrechnung konnte zwar die ersten Wünsche eines Teiles des islamischen Klerus befriedigen,

der danach auch prompt weitere Demonstrationen abblasen wollte, doch die Massen hören schon nicht mehr darauf. Ihre Wut ist nun zum offenen Ausbruch gekommen.

Arbeiterklasse

Inzwischen stehen die Klassenforderungen der 3 Millionen Arbeiter an der obersten Stelle der Kämpfe. Mit jedem weiteren Tag des Kampfes wird ihr Klassenbewußtsein weiter wachsen! Sie begreifen immer mehr, daß ihnen nur unabhängige Klassenaktionen zu sozialen Verbesserungen verhelfen können. Der Nebel der Religion, der ursprünglich die Ursachen des Aufruhrs verschleierte, ist schon weitgehend verfliegen.

Seit September überzieht eine Serie von Streiks das Land. Die Kampfziele sind Verkürzung des Arbeitstages, mehr Urlaub, höhere Löhne und direkte politische Forderungen: Sturz der Monarchie, Demonstrations-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der wegen politischer Verfolgung ins Exil geflohenen Oppositionellen ohne Bestrafung.

Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in der Öl- und Chemieindustrie, Zollbeamte, Postbedienstete und Bankangestellte streikte wochenlang. Die Streiks, selbst nach ihrer Niederschlagung, flackern immer wieder auf. Praktisch alle Export- und Importge-

schäfte kamen 2 Wochen lang zum totalen Stillstand. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Armee.

Risse in der Armee

Doch die Armee wird immer unzuverlässiger. Die "Newsweek" berichtete: "Die Parole: Tod dem Schah!" heulend, bewegte sich der wütende Mob von 1.500 Trauergästen letzte Woche auf ein Panzerfahrzeug zu, das am Tor des Teheraner BESCHESTE-ZAHARA-Friedhofs stand. Das Fahrzeug wich nicht zurück, sondern der junge Kommandant griff zu einem Sprachrohr: 'Wir haben keine Absicht, euch zu töten', rief er, 'ihr seid unsere Brüder!'. Er halfterte seine Pistole ab und bot sie der Menge an. 'Hier, wenn ihr wollt, nehmt meine Waffe und tötet mich!'. Die Menge brach in Hochrufe aus und ließ Blumen auf den Major regnen!

Bei verschiedenen Demonstrationen erschossen mehrere Soldaten ihre Offiziere und begingen anschließend Selbstmord, als ihnen befohlen wurde, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen. Viele Deserteure und Meuterer wurden in den letzten Wochen hingerichtet.

Ein Offizier der US-Armee, der als Ausbilder im Iran gewesen war, sagte in einem Interview mit "Newsweek" (25. Sept.) über die iranische Armee: "Ich hätte nicht viel Vertrauen in ihre Verlässlichkeit. Wir wissen nicht, an

welchem Punkt sie zerbricht." Auch ein hoher iranischer Regierungsbeamter wurde zitiert: "Je länger der Schah seine Armee auf den Straßen läßt, desto größer wird die Ansteckungsgefahr."

Zum ersten Mal seit 25 Jahren fuhren Panzer vor dem Schah-Palast auf, um ihn zu schützen. Der Schah selbst erzählte "Newsweek" in einem Interview: "Wir waren letzten Donnerstag in einer sehr ernstesten Situation und es war äußerst knapp. Die Leute befolgten die Gesetze nicht mehr. Sie schenkten den Regierungsanweisungen nicht einmal die geringste Aufmerksamkeit. Tatsächlich hätten sie alles erstürmen können, was sie gewollt hätten."

Es ist ganz offensichtlich, daß eine kühne Politik gegenüber der Armee, durch die die einfachen Soldaten aufgefordert würden, sich mit den Arbeitern zu verbrütern, schon nach kurzer Zeit zum Erfolg führen würde.

Revolutionäre Situation

In den letzten Wochen und Monaten existieren alle objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft:

Die Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, sich der alten Ordnung zu beugen. Sie ist sogar eher bereit, mit entblößter Brust vor die waffenstarrende Armee zu treten und zu Tausenden in den Tod zu gehen, als sich zu ergeben.

Die nichtproletarischen Massen in Stadt und Land sympathisieren mit den Arbeitern und stehen dem Regime feindlich gegenüber. Studenten, Bauern, Beamten und kleine Bazarhändler beteiligten sich aktiv an Demonstrationen und Streiks.

Die herrschende Klasse selbst ist in ihrer Macht erschüttert. Sie schwankt täglich zwischen einer Politik der brutalen Unterdrückung und einer vorsichtigen Liberalisierung mit kleinen Zugeständnissen. Sie haben kein Vertrauen mehr in ihre eigene Zukunft. Jeden Tag werden Millionen Dollar außer Landes in die Schweiz geschafft. Tausende reicher Familien sind schon geflohen. Für den Schah selbst steht ein Flugzeug bereit, das ihn jederzeit nach Mallorca befördern kann.

Fast bis in die letzten Einzelheiten gleicht der Iran von 1978 dem Rußland von 1917. Der einzige Faktor, der im Iran fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, wie sie in Rußland durch die Bolschewiki verkörpert wurde!

Moskau und Peking

Aber die grausame Ironie der heutigen Lage ist darin zu sehen, daß keiner der verschiedenen Flügel der "kommunistischen" Weltbewegung bisher bereit war, den Kampf gegen die Schah-Clique aktiv zu unterstützen. Weder die Moskauer Bürokratie, die in den letzten 20 Jahren ihren südlichen Nachbarn mitfinanzierte, mitausrüstete und -aufrechterhielt, noch ihre chinesischen Gegenspieler, die ihren Staatschef Hua (inmitten der Serie von Massakern an Teheraner Arbeitern!) zu einem Freundschaftsbesuch beim Schah schickten, haben ein echtes Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse im Iran. Ein geplanter Freundschaftsbesuch des Schah in der DDR im letzten September platzte, sehr zum Bedauern der Ostberliner Regierung, einzig und allein wegen der anhaltenden Unruhen.

Tudeh-Partei

Auch die "kommunistische" Tudeh-Partei, die größte Partei der iranischen Arbeiter, hat bisher im Test der Ereignisse versagt. 1941 gebildet, eroberte sie bald eine gewaltige Unterstützung und Sympathie der Massen, nachdem sowjetische Truppen Aserbeidschans im Norden Irans eroberten (während die Briten den Süden besetzt hielten). Dies war damals ein großer Anstoß für die iranischen Arbeiter, die sich vom Norden her ihre soziale Befreiung erhofften.

1946 führten die Tudeh-Partei massive Streiks an, einschließlich des Streiks der 50.000 Erdölarbeiter von Khuzeshan (Südwest-Iran), die die Verstaatlichung der Ölindustrie forderten. Vertreter der Tudeh wurden damals sogar eine Zeitlang durch die Kapitalisten ins Kabinett geholt, aber wieder hinausgeworfen, nachdem sie sich mit ihrer kläglichen Politik in den Augen der Massen in Miskredit gebracht hatten.

Doch schon 1951, während der damaligen revolutionären Ereignisse eroberte sich die Tudeh ihre massenhafte Unterstützung mit einem Programm zurück, das Öl-

verstaatlichungen und politische Freiheiten forderte. Straßenschlachten zwischen arbeitslosen Textilarbeitern und der Polizei fanden in Isfahan statt. Die Ölgesellschaften mußten 35 %ige Lohnerhöhungen zugestehen. Unter dem Druck der Massen kam der bürgerliche Nationalist Mossadegh an die Macht, der heutige Schah mußte damals ins Ausland fliehen.

So groß war die soziale Unruhe, daß das Parlament fast einstimmig (bei nur einer Gegenstimme!) für die Verstaatlichung der Erdöls stimmte! Die Regierung Mossadegh war zu großen Reformen gezwungen, versuchte aber weiterhin, die verschiedenen Klassenkräfte gegeneinander auszubalancieren und im Gleichgewicht zu halten - statt die herrschende Klasse zu stürzen!

Schon damals hätte eine vollständige sozialistische Transformation erfolgreich sein können. Doch die Tudeh-Partei unterstützte Mossadegh kritiklos und blockte alle weitergehenden Versuche der Arbeiterklasse ab. So reifte die Situation, in der der CIA den Schah 1953 in einer Konterrevolution zurück an die Macht brachte.

25 Jahre hat es seitdem gedauert, bis eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr unter Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit ihrer Eltern leidet.

Aber auch heute ist die Tudeh zu nichts anderen fähig, als von der Rückkehr eines neuen Mossadegh zu träumen. Sie begrenzt ihr Ziel auf die Schaffung einer abstrakten "Demokratie", als deren Modelle sie sich schon 1947 "Schweden, Großbritannien und die USA" aussuchte.

Sozialismus

Doch die armen Massen Irans werden sich fragen: "Kann uns die 'Demokratie' Brot, Kleidung, Wohnungen, Bildung, Arbeit und soziale Sicherheit geben? Kann der Sturz des Schahs oder seine Flucht alleine unsere Not beseitigen?"

Der Sturz des gegenwärtigen Regimes wird nur dann nach vorne führen, falls dies der erste Schritt zum Sturz der Eigentümerverhältnisse ist, die dieses Regime verkörpert. Die iranische Gesell-



Fußkuß für den Schah. Damit wird es hoffentlich bald ein Ende haben.

schaft kann sich nur auf der Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft weiterentwickeln. Nicht einmal der fieberhafte Boom der letzten 2 Jahrzehnte konnte das endlose Joch der Armut und des Elends beseitigen. Im Gegenteil, dieser Boom hat erst die sozialen Spannungen geschaffen, die den heutigen Unruhen zugrundeliegen. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Dauerkrise auf Weltenebene werden diese Spannungen nicht verschwinden, sondern sich weiter verschärfen.

Eine "bürgerliche Demokratie" wie sie die Tudeh "als ersten Schritt" anstrebt, wird keine neue wirtschaftliche Blüte herbeizubringen. Eine solche bürgerliche Demokratie hätte im Gegenteil überhaupt nur so lange stabil bestehen können, solange sie eine materielle Grundlage in einem kapitalistischen Aufschwung gehabt hätte. Aber die Zeiten einer solchen Blüte gehören jetzt der Vergangenheit an. Deswegen liegt die einzige realistische Alternative, die den Massen des Irans auf Dauer eine soziale und politische Befreiung sichern kann, in der Enteignung der Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des iranischen Kapitals, was die Grundlage für eine echte Arbeiterdemokratie schaffen würde.

Führung

Doch die Voraussetzung für eine solche vollständige gesellschaftliche Umwälzung, welche zur Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie führen würde, ist die Existenz einer bewußten revolutionären Partei, die als Führung die breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse genießt (wie in Rußland 1917). Eine solche Partei existiert noch nicht (Auch nicht in der Form der Tudeh) Sie müßte erst noch geschaffen werden.

Die besten Elemente innerhalb der Opposition wenden sich von den romantischen Vorstellungen ab, den Schah durch Guerillakrieg oder individuelle Terrorakte zu stürzen. Immer mehr konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse.

Trotzdem wird es für Marxisten und Sozialisten im Iran mit riesigen Schwierigkeiten verbunden sein, die notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erbauen.

Perspektiven

Aber auch wenn diese Aufgabe nicht rechtzeitig gelöst wird, werden die Ereignisse nicht stehenbleiben. Die soziale Krise im Iran ist nämlich so akut und der Druck auf die Armee so stark, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß früher oder später eine Gruppe jüngerer Offiziere einen Militärputsch inszeniert, der das Land auf einen ähnlichen Weg wie Äthiopien (nach dem Sturz des dortigen Kaisers Haile Selassie) lenken würde.

Eine solche Militärregierung



Militär beherrscht die Straßen Teherans. Wie lange werden die Soldaten die Befehle noch befolgen?

würde versuchen, der von Chaos und Zersetzung bedrohten Gesellschaft eine Lösung von oben aufzuzwingen. Unter dem Druck der Massen, unter dem Eindruck des weltweiten kapitalistischen Niedergangs und angesichts der relativen Stabilität von Staaten wie China, Kuba oder der Sowjetunion könnten die Militärs dann gezwungen sein, immer weiter nach links zu gehen und schließlich die herrschenden Klassen zu enteignen. Zweifellos wären solche Maßnahmen ein ungeheurer gesellschaftlicher Fortschritt!

Aber weil ein solcher Umsturz auf bürokratische Weise stattfinden würde und weil das herrschende Militärregime seine Kontrolle von oben auf keinen Fall aus der Hand geben würde, wäre das Ergebnis einer solchen Entwicklung eine stalinistische Diktatur, wie sie heute auch in Ostblockländern herrscht. Ein solches System würde zwar auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln und einem zentralen Produktionsplan beruhen aber von Anfang an würde es eine kleine Elite von Bürokraten mit riesigen Privilegien an den Hebeln der Staatsmacht schalten und walten und die unterdrückten Massen ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten berauben. Der Preis für eine solche Entwicklung wäre eine politische Revolution zu einem spä-

teren Zeitpunkt, welche die herrschende Bürokratie entmachten müßte, um eine echte Arbeiterdemokratie zu schaffen.

Eine Entwicklung in Richtung auf ein sowjetisches, chinesisches oder kubanisches Modell wäre ein schwerer Schlag für den westlichen Imperialismus, dem damit ein wichtiges Land verloren ginge. Deshalb vertreten ja auch maßgebliche bürgerliche Kreise der BRD bis hin zu Graf Lambsdorff (FDP) die Meinung, daß die Regierung des Schahs um jeden Preis gehalten werden müsse. Ein solches Militärregime könnte auch zweifellos den allgemeinen Lebensstandard der Massen anheben und die größten Mißstände aus der Welt schaffen. Dies darf die kämpferischen Sozialisten und Maxisten jedoch nicht zum Nichtstun und passiven Zusehen verurteilen. Sie müssen auf alle Fälle unermüdlich für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung eintreten. Eine echte Arbeiterdemokratie im Iran mit der breiten Unterstützung durch die Bauern und anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten wäre ein wichtiger Schritt vorwärts für den ganzen asiatischen Kontinent, in dem es an allen Ecken und Enden gärt, von der Türkei bis Indien, von Ägypten bis Pakistan und Afghanistan.

VORAN Nr. 35, 12.78/1.79

Bundesregierung stützt Schah!

SPD-Ortsvereine, Juso-Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsgliederungen sollten die Bundesregierung, und den SPD-Vorstand mit Protestschreiben überfluten, wegen der empörenden und widerwärtigen Verteidigung des Schah von Persien, die der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auf seiner Reise nach Teheran zum Ausdruck gebracht hat. "Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ist die Bundesregierung an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert", sagte der "Graf" in Teheran, der gleichzeitig dem Schah eine Grußbotschaft vom deutschen Bundespräsidenten Scheel überbrachte. Die Bundesregierung begrüßt nach den Worten Lambsdorffs ausdrücklich "die vom Schah eingeleitete Liberalisierung der iranischen Innenpolitik".

"Welche Liberalisierung?", fragt man sich verblüfft... Glaubte die Bundesregierung selbst, was sie sagt? Oder ist dies nur ein plumper Versuch, den deutschen Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen über die angeblich so "progressive" Rolle des "liberalisierenden" Schah?

Hier die Fakten:

Das Regime des Schah geht durch die Zeitgeschichte knietief im Blut von Tausenden ermordeter politischer Gefangener wadend! Das Massaker an den Demonstranten jüngst in Teheran, wobei 3.000 Menschen umkamen, ist nur ein krasses Beispiel für die brutale Repression, mit der dem Aufstand gegen den Diktator begegnet wird.

Die "stabilen Verhältnisse im Iran", an der die Bundesregierung so interessiert ist, wurden in der Vergangenheit nur durch ein Netz von 65.000 hauptamtlichen SAVAK-Geheimpolizisten aufrecht erhalten.

Dieser Apparat wurde von dem "progressiven" Regime aufgebaut und ergänzt durch ein Netz von 100.000 zusätzlichen Informanten - ähnlich den NSDAP-Blockwarten - die buchstäblich die gesamte Nation gefangen und in Schach hielten!

Die SAVAK foltert politische Gefangene. Frauen werden während des Verhörs nackt an die Zimmerdecke gehängt, an ihrem Körper werden brennende Zigaretten ausgedrückt, Elektroschocks an den Genitalien werden verpasst, bis die Opfer in

Ohnmacht fallen. Die Folterknechte urinieren ihren Opfern während dieser tierischen Torturen in den gewaltsam durch einen Knebel aufgerissenen Mund (FR, 30. 10. 78).

Zwar gibt Lambsdorff vor, "in einer privaten Unterredung mit dem Schah auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt" zu haben. Als ob sich der Schah eines besseren besinnen würde, wenn ihm still und heimlich einige Worte ins Ohr geflüstert werden! Als ob es nicht viel entscheidender für die Zukunft seines blutbefleckten Regimes wäre, daß die BRD (nebst anderen Staaten, wie die USA - an deren Spitze der sogenannte "Menschenrechtler" Carter steht!) dem bedrohten Schah mit massiven Waffenlieferungen zur Seite gesprungen ist! - Worauf anderes laufen denn die Maßnahmen und Äußerungen der Bundesregierung hinaus, wenn nicht auf die offene Unterstützung eines diktatorischen Terror-Regimes?

Willy Brandt hatte kürzlich erklärt, daß er Gewaltanwendung gegen diktatorische Regimes für legitim hält. Wie steht es mit Gewaltanwendung gegen den Schah Schah? Ist das auch legitim? Warum hat er nicht seine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung eine solche Diktatur nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar tatkräftig unterstützt? - Seine entlarvenden Äußerungen versuchte Lambsdorff damit zu begründen, daß eine nach dem Sturz des Schah gebildete "Regierung reaktionärer Muslims" sich sehr bald von den "Linken" in Gefahr gebracht würde.

Mit den "Linken" meint er natürlich die Bewegung der Arbeiter und armen Bauern. Deren Bewegung, die in den letzten Monaten mehrmals Massendemonstrationen von bis zu einer halben Million mobilisierte - und das angesichts eines absoluten Demonstrationsverbots! - zeigt die Tiefe der öffentlichen Stimmung gegen den Schah!

Die großen multinationalen Ölgesellschaften, das internationale Kapital und andere imperialistische Konzerne haben eine riesige Angst vor dieser Bewegung, die zur Enteignung "ihrer" Reichtümer führen könnte, die sie aus dem Land herausgepresst haben.



Die deutsche Arbeiterbewegung muß ihre Empörung über die Äußerungen des "liberalen" Wirtschaftsministers und ihre aktive Solidarität mit den iranischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen. Das sollte natürlich weiter gehen als nur eine verbale Opposition zum Schah und allen anderen Diktatoren zu zeigen.

- Die Aktivitäten der iranischen Geheimpolizei SAVAK in der BRD müssen sofort unterbunden werden Ihre Agenten sind auszuweisen!

- Der DGB sollte einen absoluten Handelsboykott organisieren und sofort alle weiteren Waffenlieferungen für die Schah Diktatur stoppen! Die spanischen Seeleute haben eine vorbildliche Haltung eingenommen, indem sie sich weigerten, Schiffe für lateinamerikanische Diktaturen zu beladen (oder zu entladen). Bezüglich des Schah sollte unsere Haltung dieselbe sein.
- Ein Aufruf an alle europäischen Gewerkschaften, diese Aktionen zu unterstützen sollte folgen! Dadurch könnte der Schah innerhalb weniger Wochen gestürzt werden.....

VORAN Nr. 35
12. 78/1. 79

IRAN: SCHAH-REGIME AM ENDE

BARRIKADEN IN DEN STRASSEN TEHERANS. STRASSENSCHLACHTEN ZWISCHEN DEMONSTRANTEN UND ARMEE. TRUPPEN DESERTIEREN, SOLDATEN MEUTERN, DIE ARMEE ZEIGT AUFLÖSUNGSSCHIESSUNGEN. VERSCHIEDENE TRUPPENTEILE LIEFERN SICH GEGENSEITIGE GEFECHTE! DEMONSTRANTEN ERHALTEN WAFFEN. DAS IST DIE SITUATION IM IRAN IM MONAT FEBRUAR.

Die Lage hat sich nicht beruhigt seit der Schah das Land verlassen und die Regierungsgewalt an Ministerpräsident Bakhtiar übergeben hat. Im Gegenteil: die revolutionäre Explosion richtet sich jetzt gegen Bakhtiar. Tausende wurden getötet oder verletzt, als unbewaffnete iranische Jugendliche der mit MP's und Schnellfeuergewehren bewaffneten Armee gegenüberstanden.

Aber die Armee selbst blieb nicht immun gegenüber der revolutionären Stimmung: Soldaten marschierten mit in regierungsfeindlichen Demonstrationen und übergaben ihre Waffen an die islamischen Geistlichen. Am 10. Februar erreichte die Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt, als die Soldaten einer ganzen Kaserne meuterten und Waffen an die Zivilbevölkerung verteilten. Bakhtiar, der "Demokrat" schickte sofort andere Einheiten zum blutigen Einsatz gegen die Rebellen.

Buchstäblich jede Großstadt ist ein Zentrum der Bewegung. Ein totaler Generalstreik legt seit Dezember das Land still. Das streikende technische Personal hat trotz strengster Sicherheitsvorkehrungen das Computer-Informationszentrum der Luftwaffe in Täbris lahmgelegt. Dadurch wurde im Dezember ein Putschversuch verhindert. Das zentrale Computerprogramm wurde so umprogrammiert, daß - wie immer auch die Eingabe ist - die Antwort stets lautet: "Yankee go home!"

Neugegründete Gewerkschaften entwickeln sich zu Massenorganisationen. Neben religiösen Schriften finden plötzlich auch Schriften von Marx, Engels, Lenin, Che Guevara und anderen einen reißenden Absatz.

Die Revolution hat den Schah bereits gestürzt. Jetzt richtet sie sich gegen seinen Statthalter Bakhtiar. Die Suche der Bevölkerung nach einer revolutionären Veränderung kommt in den Demonstrationen zum Ausdruck: "Gegen den Imperialismus (USA)", gegen den Kommunismus (UdSSR)-, gegen ausländische Investitionen -, für eine islamische Republik."



„Wie gesagt, es handelt sich nur um ein paar Tage Ferien.“

Haltzinger / Nebelspalter

Die iranischen Massen mißtrauen der russischen Bürokratie. Sie wollen nicht die Diktatur, die sie jetzt bekämpfen, durch eine neue ersetzen. Ihre Abneigung gegen den "Kommunismus" ist in Wirklichkeit eine Abneigung gegen den Stalinismus. Nur auf einem marxistischen Weg kann jedoch jegliche Unterdrückung des iranischen Volkes beendet werden.

Bakhtiar wird früher oder später fallen. Was kommt danach? Eine islamische Republik wird voll von Widersprüchen sein. Eine Chomeini-Regierung wird die Revolution nicht zum Abschluß bringen. Die iranische Revolution wird weitergehen, bis die Arbeiter und Bauern ihr Land von aller Ausbeutung befreit haben.

KURT PFEIFLE, München

VORAN Nr. 36, 12. 2. 79

IRAN: FÜR ARBEITER-, SOLDATEN- UND BAUERNRÄTE!

Am 12. Februar wurde in Teheran durch einen bewaffneten Aufstand der Bevölkerung und rebellierender Soldaten der endgültige Bruch mit dem Schah-Regime vollzogen. Der vom Schah noch persönlich eingesetzte Ministerpräsident Bakhtiar mußte gehen, obwohl er verzweifelt versucht hatte, sich als "Demokrat" zu maskieren. Die alte Staatsmacht brach durch die Erhebung fast kampflos zusammen. Die Militärführung kapitulierte fürs erste, die Armee löste sich auf und die Soldaten liefen in Massen auf die Seite der Aufständischen über. Doch die neue Regierung Bazargan, die von der Woge des Aufstands an die Macht geschwemmt wurde, hat bei den Kämpfen keinen aktiven Beitrag geleistet und keine führende Rolle gespielt. Im Gegenteil: sie versuchte mit dem religiösen Führer Khomeini im letzten Moment noch gemeinsam, ihre Anhänger durch Aufrufe in Radio und Fernsehen vom Entscheidungskampf abzuhalten!

Aufstand

Aber während Khomeini und die anderen religiösen Führer versuchten, die Massenbewegung zu bremsen, kam die Bevölkerung Teherans - seit Monaten das Opfer zahlloser Massaker durch die Armee - zu anderen Schlüsselforderungen: solange die Stützen der alten Diktatur in Form Gewehr bei Fuß stehender Soldaten unter dem Kommando Schah-treuer Offiziere noch weiterbestehen, so lange kann von der Sicherung demokratischer Freiheiten und der Erfüllung sozialer Forderungen keine Rede sein.

In der Armee selbst waren schon seit Monaten die Anzeichen für eine tiefgreifende Gärung vorhanden: Soldaten verweigerten die Befehle und meuterten; immer mehr Deserteure flohen aus den Kasernen; in einigen Fällen erschossen Soldaten ihre Offiziere, nachdem ihnen befohlen worden war, auf friedliche Demonstranten zu schießen; es kam immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen Bevölkerung und einfachen Soldaten. Die Militärführung versuchte der Unruhe innerhalb der Armee dadurch Herr zu werden, daß sie in einer Welle von Gerichtsverfahren Todesurteile verhängen und vollstrecken ließ. Doch diese verzweifelten Maßnahmen gossen nur Öl in die schon schwelende Glut.

Am 9. 2. kommt es spät abends in dem Luftwaffenstützpunkt Duschschan Tappeh, der in einem der armen Stadtviertel im Südosten Teherans liegt, zu einem entscheidenden Ereignis, das eine Lawine in Gang setzt: Nachdem die Luftwaffentechniker, die tags zuvor zu

tausenden in Uniform gegen den Schah, gegen Bakhtiar und für Khomeini demonstriert hatten, eine Auseinandersetzung mit ihrem Oberkommandierenden hatten, greifen Eliteeinheiten der schah-treuen Kaiserlichen Garde die Kaserne an. Doch sie stoßen auf Widerstand. Das Luftwaffenpersonal schießt zurück. Die Kadetten verteilen den Inhalt des Waffenarsenals an die herbeigeströmte Bevölkerung des Stadtviertels und errichten Barrikaden. Die Kämpfe gehen den ganzen Samstagvormittag weiter.

Khomeinis Rundfunkaufrufe, in denen er darauf aufmerksam zu machen versucht, daß er das Signal noch nicht gegeben hätte, verhallen ungehört. Der bewaffnete Kampf brach auch ohne sein Signal aus.

Armee

Es zeigte sich, wie morsch die einstmals als fünfstärkste Armee der Welt bezeichnete iranische Militärmaschinerie in ihrem Innersten war: die Mehrheit der Soldaten lief innerhalb weniger Stunden zur Bevölkerung über, nur wenige kleine Eliteeinheiten wehrten sich bis zuletzt. Angesichts massenhafter Befehlsverweigerung waren die Militärspitzen machtlos. So ist es nicht verwunderlich, daß die Generale plötzlich einen Aufruf an die Armee richteten, sich in Zukunft neutral zu verhalten. Ihre scheinbare Kapitulation war aber nur ein Versuch, zu retten, was noch zu retten war: die totale Auflösung der Armee zu stoppen und eine Pause zu erhalten, um Atem zu schöpfen und Zeit zu gewinnen, damit sie bei einer späteren, günstigeren Gelegenheit entscheidend zuschlagen könnte.

Die neue Regierung wurde durch einen revolutionären Aufstand geboren, den sie selbst gar nicht gewollt hat. Doch alle Pessimisten wurden Lügen gestraft, die behauptet hatten, der revolutionäre Weg zum Sturz einer Terrordikatur könnte angesichts der mit Hilfe modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse gebauten Massenmordinstrumente nur in einem Blutbad enden. Das Gegenteil war der Fall: den Generälen wurden durch den Aufstand die Mittel aus der Hand geschlagen, mit denen sie seit September in täglichen Massakern das Blut zehntausender friedlicher Demonstranten und streikender Arbeiter vergossen haben.

Der iranische Umsturz bestätigte eine uralte marxistische Erkenntnis: Keine Armee der Welt ist vollständig isoliert von der Gesellschaft; gesellschaftliche Spannungen und Krisen widerspiegeln sich letztlich auch in der Armee. Vor allem in revolutionären Situationen kann die militärische Disziplin zusammenbrechen. Vor allem wenn eine bewußte sozialistische Führung durch massive politische Propagandaarbeit unter den Soldaten die vorhandenen Spannungen in der Armee noch verstärkt, dann können die Befehle der Generale auf taube Ohren stoßen, die die Soldaten zum Schießen auf ihre eigenen Väter, Mütter, Brüder, Schwestern, Freunde und Nachbarn treiben sollen.

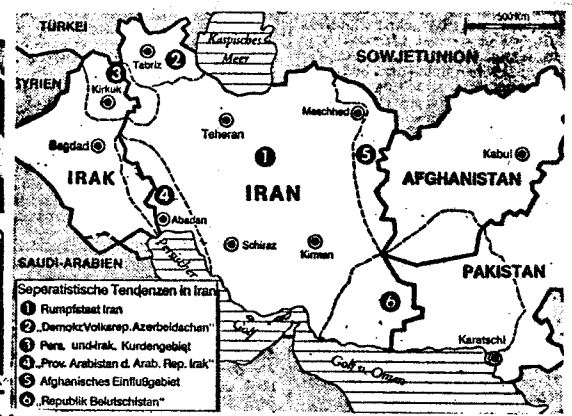
Neue Regierung

Im Iran fehlt bis heute eine solche bewußte Führung. Daß trotzdem ein Umsturz vollzogen wurde, zeigt nur, wie groß die Opposition der Massen gegen das Regime, und wie verrottet der alte Staatsapparat war.

Das Fehlen einer in den Massen verankerten marxistischen Arbeiterpartei ließ die Revolution, die letztlich soziale Triebfedern hatte, die Form einer religiösen Bewegung annehmen. Weil unter der totalitären Schah-Diktatur keine anderen Möglichkeiten bestanden, kristallisierte sich die Opposition anfangs um die islamische Kirche, die innerhalb der Gesellschaft eine halb-unabhängige Institution dar-



Schleier - zuerst Symbol gegen den Schah, jetzt wieder abgelegt, um die Opposition gegen Khomeinis Politik zu zeigen...



stellte und für die Gefühle und Stimmung der Massen offen war. Da konnten die Moscheen zum Ausgangspunkt immer größerer Massendemonstrationen werden, die von schiitischen Geistlichen angeführt wurden. Und so konnte sich Ajatollah Khomeini zum Führer der Massenbewegung aufbauen, deren Kontrolle ihm jetzt wieder langsam entgleitet, nachdem das ursprüngliche, unmittelbare Ziel erreicht ist, das die Opposition geeint hatte: der Sturz des Schah-Regimes.

Welche Kräfte repräsentiert nun die neue, von Khomeini eingesetzte Regierung Bazargan? Welche Klassenbasis hat sie? Die meisten Kabinettsmitglieder sind führende Mitglieder der Iranischen Nationalen Front (INF). Diese Partei ist eine alte bürgerliche Oppositionspartei, in der hauptsächlich die Interessen des iranischen Mittelstandes und der Klein- und Mittelbourgeoisie zum Ausdruck kommen. Die Interessen dieser Schichten sind in dem politischen System des Schah-Regimes nie berücksichtigt worden. Diese Schichten setzen sich zusammen aus:

- * ca. 1,3 Mio. Selbstständigen in Ein-Mann-Betrieben in den Bereichen Handwerk, Handel und Verkehr
- * ca. 120.000 Eigentümern von Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten vor allem in den Wirtschaftssektoren Textil-, Schuh-, Teppich- und Nahrungsmittelindustrie; zu ihnen gehören auch die traditionellen Bazar-Großhändler
- * ca. 8.000 Eigentümer von Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten in fast allen Wirtschaftssektoren.

In der Schah-Diktatur kam nur die politische Herrschaft einer winzigen Clique zum Ausdruck, die das Land bis zum letzten Tropfen aussaugte: der nationalen Großbourgeoisie, die sich aus maximal 500 Eigentümern aller Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten zusammensetzt; der riesige Schah-Clan und seiner Hofschranzen; der korrupten Spitzen von Militär und Verwaltung; sowie der wenigen Multinationalen Konzerne, die wichtige Schlüsselzweige der Wirtschaft dominierten.

Die Interessen der nationalen Großbourgeoisie und der multinationalen Konzerne wurden vom Staat des Schahs durch ein ausgeklügeltes Schutzzollsystem geschützt. Innerhalb des Landes wa-

ren die Monopole somit in der Lage (im Gegensatz zum Weltmarkt), durch ihre überhöhten Monopolpreise Superprofite aus allen anderen Schichten der Bevölkerung herauszuquetschen. Die in den letzten Jahren wuchernde Bodenspekulation sorgte dafür, daß städtische Arbeiter für Wohnungsmieten bis zu 70 % ihres Einkommens bezahlen mußten! Dabei darf man dies nicht mit westlichen Maßstäben messen: 40% aller Teheraner wohnen mit ihrer ganzen Familie (bis zu 8 Köpfe) in einem einzigen Raum, meistens in den Slum-Vierteln.



Schah-Denkmal wird demontiert

So ist es nicht verwunderlich, daß diese Schichten des Mittelstandes und der kleineren Bourgeoisie immer mehr in Opposition zum Schah-Regime gerieten, in dem ihre Interessen nicht zum Zuge kamen. Sie wurden von den Monopolen ruiniert. Sie sanken teilweise ins Proletariat hinab. Die Bazar-Händler wurden von staatlich geförderten US-amerikanischen Supermarktketten in den Bankrott getrieben. Folglich war es nur konsequent, daß sie die religiöse Opposition Khomeinis und die politische Opposition der INF massiv finanzierten.

Bürgerliche Revolution

Ihre politischen Ziele waren von Anfang an begrenzt: Nicht die Ausbeutung abschaffen - sondern die Beute gerechter verteilen; nicht die Multinationalen Konzerne und die Großbourgeoisie enteignen - sondern sie "in ihre Schranken verweisen, kontrollieren und in ihrer Macht begrenzen"; nicht die absolute Monarchie stürzen - sondern sie "durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzen", in der ein gewähltes, aber von ihnen kontrolliertes Parlament die eigentliche Macht ausübt; nicht den Kapitalismus insgesamt stürzen - sondern das System liberalisieren; nicht

die Klassengesellschaft endgültig überwinden - sondern die Diktatur einer kleinen Clique von Großkapitalisten durch die politische Herrschaft der gesamten Kapitalistenklasse zu ersetzen.

Diese Klasseninteressen kommen in dem Programm der INF eindeutig zum Ausdruck, in dem eine "bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild" angestrebt wird.

Eine solche politische Revolution ist jetzt nach ihrer Auffassung weitgehend vollzogen: der Schah ist gestürzt; die schah-treuen Elemente sind aus Verwaltung und Armeespitze weitestgehend gesäubert; die politische Vertretung der Kapitalisten-"Masse" sitzt in Form der INF in den wichtigsten Ministersesseln; Khomeini und die anderen religiösen Führer unterstützen die neue Regierung Bazargan vorbehaltlos: Jeder weitergehende Schritt würde ihr Ziel überschreiten, der in einem politischen Machtwechsel bei einer grundsätzlichen Erhaltung des kapitalistischen Systems liegt. Jetzt ist ihre einzige Sorge: die Massen müssen wieder unter Kontrolle, die Revolution so schnell wie möglich zum Ende gebracht werden!

Deshalb folgte sofort nach dem Machtwechsel eine Serie von Appellen, die gemeinsam von Bazargan und Khomeini verfaßt wurden: "Die Streiks beenden, die Arbeit wieder aufnehmen, die Waffen abliefern, Ruhe und Ordnung herstellen! Desertierte Soldaten müssen sich wieder in ihren Kasernen zum Dienst melden!" Doch die Massen sehen die Dinge anders. Von Anfang an stößt die Regierung in all diesen Punkten auf eine Reihe von Widerständen:

Die Wiederherstellung des militärischen Machtausübungsapparats verläuft nicht reibungslos. Ca. ein Drittel der Soldaten ist immer noch nicht in ihre Kasernen zurückgekehrt. Überall sind inzwischen revolutionäre Soldatenkomitees entstanden, die teilweise ihre Offiziere selbst wählen und Forderungen stellen.¹⁾ Die heutige Armee muß vollständig aufgelöst werden.²⁾ An ihre Stelle soll eine revolutionäre Miliz zum Schutz der Revolution treten.³⁾ Alle Mitglieder der Streitkräfte sollen Revolutionskomitees bilden.⁴⁾ Diese Komitees sollen ihre Offiziere selbst wählen.⁵⁾ Diese Komitees sollen sich untereinander zusammenschließen.⁶⁾ Alle reaktionären Offiziere, die die Verantwortung für die vergangenen Gemetzel an der

Bevölkerung tragen, müssen vor Gericht gestellt werden."

Innerhalb von 2 Wochen wurden 3 verschiedene Luftwaffenkommandeure ernannt, die alle wieder abgesetzt werden mußten, da die Luftwaffensoldaten mit keinem von ihnen einverstanden waren.

Die Arbeit wurde noch nicht wieder aufgenommen. Trotz eindringlicher Appelle Khomeinis, der es zur "Sünde" erklärt hat, weiterzustreiken, beharren z. B. die Erdölarbeiter auf ihren Forderungen: die Ölindustrie soll lückenlos verstaatlicht werden; sie wollen in Zukunft weitgehende Mitbestimmungsrechte über die Produktion erhalten; sie wollen ihre Direktoren selbst wählen; sie verlangen eine Gewinnbeteiligung und weitgehende Einkommensumverteilung. - Die Beschäftigten des staatlichen Fernsehens streikten schon am 12. 2. wieder gegen die Einsetzung des Khomeini-Sprechers Ghotbzadeh als Direktor. Der stellvertretende Ministerpräsident Entezam hat sich öffentlich über die "Unfolgsamkeit" der Arbeiter beschwert: "Keiner der großen Betriebe des Landes arbeitet, denn die Arbeiter verbringen den größten Teil ihrer Zeit damit, in Versammlungen die politischen und sozialen Probleme zu erörtern, und Arbeitersausschüsse müssen zu nächst einmal alle Anordnungen prüfen und gut heißen, ehe sie durchgeführt werden können." (Handelsblatt vom 13. 3. 79) In Täbriz hält die Bevölkerung die petrochemischen Industrieanlagen in der Stadt besetzt und fordert ihre Verstaatlichung und die Kontrolle durch die Arbeiterkomitees.

Die bewaffneten Arbeiter wollen ihre Waffen nicht freiwillig zurückgeben. Sie könnten nur mit Gewalt dazu gezwungen werden. Sie haben vorher mit leeren Händen oder höchstens mit Knüppeln bewaffnet gekämpft. Also sind für sie die eroberten Gewehre ein Faustpfand und ein Hindernis für die Reaktion. Man schätzt, daß es in Teheran alleine etwa 70 000 bewaffnete Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gibt. Die ehemalige Geheimpolizei SAVAK ist in alle Winde zerstoßen. Wer also sollte ihre Entwaffnung erzwingen?

Unter den nationalen Minderheiten Irans, vor allem unter den Kurden, Belutschen und den Azerbeidschanis sind Unabhängigkeitsbestrebungen im Gang, welche die Zentralregierung in Teheran mit Gewalt zu unterdrücken versucht.

Doppelherrschaft

Es gibt im heutigen revolutionären Iran erstaunlich weitgehende Parallelen zur Situation in Rußland nach der Februarrevolution 1917: Ein spontaner Aufstand der Massen (mit einer führenden Rolle der Arbeiterklasse) hat die alte kaiserliche Tyrannei gestürzt und eine provisorische, bürgerliche Regierung an die Macht gebracht, die den Umsturz gar nicht gewollt hat, die aber jetzt alles in ihrer Macht stehende versucht, um die Revolu-

tion zum Stillstand zu bringen und den alten Staatsapparat nach einer Säuberung so unversehrt wie möglich zu erhalten. Nur - die Macht der neuen Regierung ist nicht sehr groß! Sie wird bedroht durch eine Macht, die am anderen, unteren Ende der Gesellschaft im Entstehen begriffen ist: Die Macht der revolutionären Arbeiter- und Soldatenkomitees. Die Elemente der Doppelherrschaft sind im Iran heute fast ebenso ausgeprägt wie in Rußland vom Februar bis zum Oktober 1917.

Die iranischen Massen scheinen nicht bereit zu sein, jetzt wieder sang- und klanglos an die Arbeit zurückzukehren, ohne daß ihre ökonomischen, politischen und sozialen Forderungen erfüllt sind. Doch Khomeini und Bazargan können ihnen keine wirksame Kraft entgegensetzen. Auf Khomeinis Kommando hören nur einige ihm ergebene religiöse moslemische Guerillas. Die Regierung (ebenso wie die Kerensky-Regierung in Rußland 1917) existiert in einem Machtvakuum. Sie kann nur so lange überleben, wie die Arbeiter- und Soldatenkomitees nicht bewußt organisiert und koordiniert die gesamte Macht in ihre Hand nehmen. Deshalb wird sie auch weiterhin versuchen, den Einfluß dieser Komitees zu untergraben, sie mit taktischen Zugeständnissen zu beruhigen und sich selbst durchzumanoüvrieren, bis die Gelegenheit günstig genug ist, die konkurrierende Herrschaftsform der Massen ganz zu entmachten.

Einige Zugeständnisse hat die Regierung schon machen müssen: Das Vermögen der Schah-Familie wurde beschlagnahmt; die Kaiserliche Garde wurde nach anfänglichen Zögern unter dem Druck von unten aufgelöst. Bei der Säuberung der Armee mußte sie mit der Absetzung von jetzt bereits mehr als 130 Generälen viel weiter gehen, als sie ursprünglich wollte.

In den nächsten Monaten wird es zu Konflikten zwischen den beiden Herrschaftsformen kommen: der offiziellen bürgerlichen Regierung mit ihren staatlichen Organen einerseits und den Basiskomitees in Betrieben, Stadtvierteln und Kasernen andererseits. Die ersten Spannungen werden bereits bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar.

In Rußland dauerte die Phase der Doppelherrschaft genau acht Monate - von Februar bis Oktober 1917. In diesem relativ kurzen Zeitraum gelang es den Bolschewiki (angesichts der totalen Unfähigkeit der provisorischen Regierung unter Kerenski, die Bedürfnisse der Massen zu erfüllen) durch ihre konsequente Propagandarbeit, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihrem Programm zu vereinen, die provisorische Regierung zu stürzen und alle Macht in die Hände der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu legen. So wurde in Rußland die demokratischste Herrschaftsform errichtet, die die Menschheitsgeschichte gesehen

hat (später wurden diese Räte durch die stalinistische Bürokratie wieder zerstört - ein Prozeß, dessen Ursachen an dieser Stelle nicht analysiert werden können).

Führung

Im Iran ist keine politische Organisation sichtbar, die in die Fußstapfen der Bolschewiki treten könnte. Deshalb wird es bis zum iranischen "Oktober" wahrscheinlich noch länger als 8 Monate dauern. Die moskau-orientierte "Tudeh-Partei" (KP) unterstützt fast kritiklos den Kurs Khomeinis. Die maoistische "Iranische Kommunistische Partei" (M/L) befindet sich ebenfalls im Schlepptau der Ajatollahs. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse wird die iranische Revolution ein in die Länge gezogener Prozeß sein, der sich (ähnlich wie die spanische Revolution 1931-1939) über 5 bis 10 Jahre erstrecken kann. In dieser Zeit wird es noch viele Gelegenheiten geben, eine konsequente marxistische Partei aufzubauen. In dieser Periode kann es durchaus (wie innerhalb der spanischen Revolution) auch Phasen der Stagnation und sogar der Reaktion geben. Für den nächsten Zeitraum ist allerdings wegen der Stärke der Arbeiterklasse, dem Selbstbewußtsein der Massen und der Zersetzung der Armee eine offene militärische Konterrevolution ausgeschlossen. Der internationale Imperialismus hat sich - außer leeren Drohungen - als ohnmächtig erwiesen. Er kann nicht direkt intervenieren. Er muß seine ganzen Hoffnungen auf Bazargan setzen, dessen Versuche, eine "pro-westliche Haltung" zu zeigen, mit Freude registriert wurden.

Die Kräfte für den Aufbau einer marxistischen Partei könnten aus den Reihen der "Volksfedayin" kommen. Diese zentristische Organisation hat schon einen beträchtlichen Rückhalt unter den Erdölarbeitern. Doch ihr Programm ist noch zu unklar, ihre Forderungen noch nicht konsequent genug, ihre Perspektiven zu verschwommen. Auf einer von ihnen organisierten Demonstration von mehr als 20.000 Menschen, forderten sie eine Beteiligung an der Bazargan-Regierung.

Programm

Aber eine echte marxistische Partei würde nicht einen Sitz in Khomeinis Revolutionsrat oder in Bazargans Kabinett verlangen. Sie müßte ihr gesamtes Vertrauen in die Arbeiterklasse setzen. Sie müßte - wie Lenin und die Bolschewiki - den Arbeitern immer wieder sagen: "Habt kein Vertrauen in diese Regierung! Verlaßt euch einzig und allein auf eure eigene Stärke! Baut eure Arbeiterräte und -komitees überall auf, erwidert und stärkt sie und nehmt Verbindungen mit anderen Komitees auf! Auf diese Weise könnt ihr die Macht erobern, und nur eure Machteroberung ist der Weg zum Sieg!"

Eine marxistische Partei würde ein politisches Programm ausarbeiten, das die Interessen der Massen zum Ausdruck bringt. Sie würde anfangen mit der Forderung nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit; nach dem Recht, sich frei organisieren zu können; nach freien Wahlen und nach all den anderen Errungenschaften der bürgerlichen Freiheiten, welche die Arbeiter im Westen nach generationslangen Kämpfen gewonnen haben. Sie würden jedoch nicht dabei stehen bleiben: einen garantierten Mindestlohn und einen 8-Stunden-Tag bei einer 5-Tage-Woche wäre ebenso wie eine gleitende Lohnskala, die an die Inflationsrate angeglichen ist, auf ihren Banner geschrieben. Diese Forderungen wären verbunden mit der Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung, nach der entschädigungslosen Enteignung des Auslandskapitals, der 500 Superreichen und der korrupten Clique, die die iranischen Massen so lange ausgequetscht haben. Die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien; für eine demokratische Planwirtschaft; Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Banken, Büros und im Staat. Eine echte Landreform; enteignet die schmarotzerischen Großgrundbesitzer und gibt das Land den Bauern, die es bearbeiten! Für eine Arbeiterregierung. Um diese Forderungen zu erfüllen, wäre es notwendig, Aktionskomitees von Arbeitern zu gründen, vorzuschlagen, daß diese Komitees auf die kleinen Ladenbesitzer und auf andere Selbstständige, auf die Streitkräfte und Bauern ausgedehnt werden und untereinander Verbindungen herstellen. Lenins Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine mächtige Waffe der russischen Revolution. Marxisten in Iran sollten ebenfalls diese demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen, gleichzeitig aber für die Einheit der Arbeiterklasse kämpfen. Mit einem solchen Programm könnte sich eine Organisation von einigen Tausend in kurzer Zeit zu einer

Massenpartei entwickeln und eine echte Arbeiterdemokratie im Iran errichten.

Perspektiven

Sollte der Aufbau einer marxistischen Tendenz im Iran nicht gelingen, dann ist es möglich, daß das Vakuum von anderen Kräften ausgefüllt wird. Unter dem spontanen Druck der radikalisierten Massen und angesichts der Sackgasse eines halbkolonialen Land unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftskrise könnte ein bonapartistisches Regime gezwungen sein, das kapitalistische Eigentum abzuschaffen und einen Staat zu errichten, der ohne die Kontrolle der Massen in seinen Grundlagen einem stalinistischen System wie in Rußland oder China gleicht, jedoch mit der Ideologie eines "islamischen Sozialismus" verkleidet sein würde. Dieser Möglichkeit steht jedoch die Stärke und das Klassenbewußtsein des jungen iranischen Proletariats entgegen. Es würde sich nicht ohne Kampf in einer stalinistischen Diktatur unterjochen lassen. In seinem mehrmonatigem Generalstreik hat es seine Kampfkraft und seine Fähigkeit bewiesen, sich zu organisieren. Jetzt entwickeln sich, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, wieder Gewerkschaften. In der neuen und freieren Atmosphäre wachsen sie schnell zu Massenorganisationen an. Der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung des Irans liegt bei der Arbeiterklasse!

Im heutigen Iran sind die Massen äußerst radikalisiert. Dies spiegelt sich sogar in der religiösen Opposition wieder: deren linker Flügel propagiert einen "islamischen Sozialismus". Ihr Sprecher, Bali Sandr, ein Berater Khomeinis, tritt für die "Abschaffung des Privateigentums, für die Errichtung von Gemeineigentum und für einen 'dritten Weg' zwi-

schen Kapitalismus und Kommunismus" ein. Khomeini selbst enthüllt in seinen Schriften ein total reaktionäres und zugleich utopisches Programm: Er will zu einem religiösen Regime einer fernen Vergangenheit zurückkehren, in dem die muslimische Hierarchie eine erhebliche Machtstellung im Iran innehatte. Er hat im Prinzip nichts gegen die kapitalistischen Eigentumsrechte, außer daß er jegliche Zinsen abschaffen will. Doch der Kapitalismus kann ohne Zinsen nicht funktionieren. Wenn der Ayatollah also auf kapitalistischer Grundlage seine Macht und seinen Einfluß bewahren will, dann wird er unvermeidlicherweise einen Kniefall vor den iranischen und internationalen Bankiers machen müssen.

Vor seiner Abreise befahl der Schah seinen Generälen in einer geheimen Sitzung: "Ihr müßt 2 Mio. töten, um die aufrührerische Masse zu befrieden und die Kontrolle wieder herzustellen." Heute liegt sein Regime auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer wären sogar (wie in Hitler-Deutschland und Franco-Spanien) zu noch größerem Blutvergießen bereit, wenn sie die Gelegenheit hätten, dadurch ihr System vor dem Sieg der Revolution zu retten.

Doch jetzt haben die iranischen Massen selbst ihr Schicksal (und viele Waffen) in der Hand. Tagtäglich diskutieren sie, denken nach, ziehen Schlußfolgerungen, lernen die Lektionen aus ihren Erfahrungen und versuchen, einen alternativen Weg zu finden. Wenn sie aus ihrer Mitte eine marxistische Führung hervorbringen, dann wird die sozialistische Revolution im Iran siegreich sein. Die Massen, bewaffnet mit richtigen Perspektiven, mit klaren Zielen vor Augen und für Aktionen mobilisiert, sind unbesiegbar!*

* Von Ulf Retekipf

VORAN Nr. 37,

3./4. 79

GULF WAR

Political earthquake faces Middle East

The Iran-Iraq war is dragging to a conclusion after twenty-one bloody months of conflict.

The war has been fought at enormous economic cost, and with great casualties for both sides, but the political consequences have yet to be calculated.

When the Iraqi regime launched its assault across the Shatt-Al-Arab waterway in September 1980, President Saddam Hussein had hoped that the revolution in Iran would have weakened the Iranian armed forces sufficiently to give Iraq a quick and decisive victory. He calculated that this would lead to the overthrow of Khomeini in Iran, so removing the threat of a mullah-led revolution in Iraq, and at the same time establishing Iraqi hegemony over the Shatt-Al-Arab estuary.

But Hussein did not reckon on the effect of the Iranian revolution on the mass of the Iranian army and, in particular, on the fighting morale of the Muslim militia, the Pasdaran. Because the Hussein regime was courted by former generals of the Shah in the early days of the war, Khomeini was able to portray the war, from the Iranian standpoint, as a 'revolutionary' war, against supporters of the deposed Shah.

The *Times* warned in September 1980, "Never invade a revolution" and in fact the war, far from destabilising the Khomeini regime, has strengthened it.

The social basis of the regime in Iran has yet to be finally settled but the internal struggle that raged over this period finally led to the toppling of Bani-Sadr and further increased the power of Khomeini and the Muslim hierarchy who used their powerful militia to strengthen their grip on society. Increasingly, the army has been supplemented by units of the Muslim Pasdaran and other Muslim volunteer militias.

The army has also been affected by the introduction of religious leaders into the ranks who, like Moslem 'commissars', have increased the morale and the combativity of the Iranian troops. With the Iranian army and the volunteers, some only 14 or 16 years old, prepared to suffer heavy casualties, the tide of the war against Iraq began to turn, despite Iraq's superiority in military hardware.

It has seemed in the last few months that the higher has been the morale of the Iranian forces, the more the morale of the Iraqi troops has ebbed away. The Iraqi army has been beset with desertions and demoralisation, affecting even leading officers as well as the mass of the troops. It was significant that whereas the original capture of the city of Korramshahr took six weeks of heavy, even hand-to-hand fighting, the

By John Pickard

recapture of the town by Iran only took two days.

The Iraqi government up to now has tried to disguise the scale of the defeat, referring in its own internal press to "strategic withdrawals," but they will no longer be able to hide what is, in effect, a humiliating debacle.

For the first time in the war some of the main Iraqi cities will themselves be subject to artillery bombardment from Iranian positions. Basrah, Iraq's only important port, and second biggest city, is already being shelled from the Iranian advanced position.

Iraq's development schemes have been abandoned as a result of war costs

The Iraqi working class has suffered enormously in terms of the tens of thousands of dead and injured. If the war was to continue they would be expected to shoulder even more unbearable burdens.

In the past the Iraqi government could base itself on its oil revenues and could at least make a pretence at developing the country. Central Baghdad itself is a vast building site, with all kinds of developments underway, including new highways, railway systems, electricity systems, street paving, hotels and office building.

It is arguable how much of the development in Baghdad and other cities was designed to increase the living standards of the mass of the workers, and how much of it was derived from government's aim to increase its own prestige. (Baghdad is the venue, in September, of the world conference of 'Non-Aligned' states.) But now, in any case, these development schemes have had to be abandoned because of the costs of the war. Austerity measures will affect the Iraqi working class more directly than before.

When the war began it was Hussein's declared intention to overthrow Khomeini in Tehran, but it looks increasingly as if it is Hussein himself who is likely to fall. The brutality of his regime in the past ensured that all opposition elements were ruthlessly purged but that will not guarantee him his safety in the coming weeks and months, any more than Savak guaranteed the position of the Shah four years ago.

It is not ruled out that there could be an attempt by Hussein's fellow officers within the Revolutionary Command Council (the centre of Baathist power in Iraq) to get rid of Hussein and on that basis to sue for peace with Iran, but that may also provoke a movement from below, involving the intervention of the mass of the Iraqi population...It is not possible to whip up national fervour, involving enormous efforts and sacrifices—even if under the control of the Baathist government—and then switch it off again like a tap especially when the war ends in defeat.

The Iraqi regime boasted that in the course of the war it had mobilised a 'popular militia' of 400,000, but when the knowledge of a humiliating defeat sinks in, that militia will not be a source of strength for the regime but the very opposite. It will become a focus of discontent and revolutionary opposition. Workers will want to know why 100,000 casualties had to be suffered for no apparent gain.

There are already reports of outbreaks of opposition, especially in the northern Kurdish areas of Iraq and those areas where the Shia Muslims—co-religionists of the Tehran mullahs—predominate. A series of demonstrations and riots in Kirkuk, for example, were reported to have been suppressed with great brutality. There are also increasing reports of demonstrations in Baghdad and Basrah.

Across the Persian Gulf the alarm bells are ringing just as loud. In the oil-rich Arab Gulf states the sheikhs and Arab royal families are looking now with horror at the possibility that Hussein's overthrow may produce new shock waves in the region.

The Arab sheikhs dread the possibility of revolution in Iraq

They dread the possibility of a new revolutionary government in Iraq aligning itself with the Khomeini regime in Iran. Senior Arab diplomats were reported to have commented that "it would be difficult to overestimate the impact the Iranian victory was having on their governments."

The *Financial Times* correspondent described the potential of an Iran-Iraq alliance: "Between them they would have a population of close to 55 million, possible oil production of over 8 million barrels a day, effective control over the vital Straits of Hormuz through which about 40% of the industrial world's oil passes and a large battle-hardened army which could overwhelm all other forces in the region." This may



Hussein did not reckon on the effect of the Iranian revolution on Iran's Muslim militia, increasing the morale and combativity of its army.

not be the most likely perspective, but it graphically sums up the fear of these reactionary Gulf states.

Last year in the tiny oil rich state of Bahrain, an opposition group was arrested just in time to prevent an attempted coup. The leaders of the Gulf states are almost paralysed with fear at the possibility of revolutionary movements taking root within their own states, whose populations have been massively swollen by

migrant guest workers, including hundreds of thousands of Egyptians, Palestinians, and many other Asian and Arab workers. The population of Kuwait for example, is only 47% Kuwaiti.

Their mutual fear of revolution has driven the Gulf States, Saudi Arabia, Kuwait, Bahrain, Qatar and the United Arab Emirates to form the Gulf Cooperation Council which, in effect, is a means by which these regimes under the

Saudi Arabian and US umbrella can cooperate in suppressing any domestic opposition movements.

It was originally through fear of the Iranian revolution that these Gulf states sent enormous amounts of aid to the Iraqi war effort, a total of \$22 billion. But the fear of revolution in Iran has now been superseded by the fear of revolution in defeated Iraq. The main concern now of the Gulf states, and other Arab states, including some like Syria, which supported Iran, is to try to find a way to extract Iraq from the war by getting rid of Hussein, with as few 'waves' as possible.

The economic cost of the war

IRAN

There have been estimates of 80,000 killed, but in addition to those killed in the war with Iraq, up to 15,000 have died in internal struggles and, according to opposition estimates, there are 40,000 in prison. The war created one million refugees and has led to the complete ruination of the Abadan oil refinery complex. Oil production, formerly running at about 6 million barrels per day, is still at less than half that.

IRAQ

Estimated 30,000 dead and 70,000 wounded. Iraq was forced to borrow \$22 billion from the Gulf states to finance the war, and Iraq's own financial reserves fell from \$35 bn. in 1980 to less than \$10 bn. now. Oil production has fallen from around 3 million barrels per day to about 600,000.

The social effects of the war cannot now be undone

The Saudi Arabian regime has contacted the Iranian government, through the intermediary of Syria, in order to offer to pay war reparations to Iran, to 'buy off' the problem. Whether the \$15 billion on offer is sufficient to satisfy Khomeini, or whether the social and political effects of the war can now be waded away with a cheque book are another matter entirely. The social effects of the war cannot now be undone.

The class conflicts within the Middle East as a whole will build up enormous contradictions, like the subterranean pressures that lead eventually to earthquakes. The war itself has already acted like a political earthquake for the whole region, but it will be dwarfed by the even greater revolutionary shocks that will affect those rotting capitalist and landlord regimes in the future.

Middle East

Socialism or catastrophe

THE WHOLE of what is loosely termed the Middle East—stretching according to different usages, from the Atlantic coast of North Africa to Iran or Afghanistan—is an area of enormous turmoil, volatility and instability.

There is not one state or one corner of the Middle East that is not racked by war, social upheaval or crisis in one form or another.

In the West, Morocco faces a long, bloody and expensive war with the Algerian-backed Polisario guerrillas in the Western Sahara. Just as the 1904-1906 Russo-Japanese war accelerated all the processes leading to revolution in Russia, so the mammoth drain of oil resources in an unwinnable desert campaign will impel Moroccan society in the same direction. Already, workers have come into open opposition to the regime of King Hassan. Last year, weeks after the example set by their fellow workers in Tunisia, along the Mediterranean coast-line, Moroccan workers in their hundreds of thousands were involved in strikes and demonstrations, forcing concessions from the Government. These are the first heat-lightnings of the approaching revolutionary storms in North Africa.

Wars and revolts

To the South, another intractable guerrilla war threatens the stability of the Numeiri regime in Sudan, precariously propped up by its giant neighbour Egypt. Urban riots in the North and the war in the South have demoralised the Sudanese armed forces to the point where they would collapse but for outside help.

Egypt, with a population of 40 million, has a working class with long traditions of organisation and struggle, and while it has all the outward appearances of stability, like Iran in the period before the revolution of 1978, it possesses deep undercurrents of discontent and opposition.

The development of revolution in Egypt would send shock waves around the whole Middle East, toppling other Arab regimes and probably having a wider impact on the world balance of forces even than the Iranian revolution of six years ago.

Further to the East, the instability of the region is underlined by the monstrous slaughter of the Iran/Iraq war. This bloody affair, which has lasted now for 3½ years, has cost a quarter of a million lives, and now brings out World War I—style battles, complete with trenches, 'human-wave' tactics and the horror of poison gas attacks.

The part of the Middle East that most often holds the attention of the labour movement is the area of conflict between Israel and the surrounding Arab states. The expulsion of the Palestinians 35 years ago, the denial of their democratic and national rights, and the creation of an artificial Jewish state have been a recipe for continuous wars, as was predicted by Marxists at the time Israel was set up.

The Arab-Israeli conflict, the 'cockpit' of other Middle East conflicts, has resulted in 5 major wars in just over a generation, and there seems every chance of further international conflicts developing in the future.

For the whole Middle East, therefore, capitalism and landlordism offers only a long, agonising and enduring nightmare. There is not one capitalist state that does not suffer the chronic instability typical of the entire region.

National oppression

It is absolutely fundamental that Marxists should recognise that not a single one of the national or social conflicts can be solved on the basis of the existing social relations. Poverty, disease, landlessness, urban squalor and mass unemployment—all the horrible products of capitalism—are worsening year by year and exacerbate all the various forms of national oppression which the system has already spawned.

Under present conditions there is nowhere in the Middle East, from the Persian Gulf to the Atlantic, where there is any perspective of an economic or political development even remotely peaceful or harmonious. The overwhelming preoccupation of the Imperialist powers not to mention of the reactionary Arab leaders themselves, is their fear of social unrest. But all attempts to contain social explosions will be vain.

The Middle East as a whole demonstrates the classic conditions described by Trotsky in his Theory of the Permanent Revolution. Unlike their cousins in the West in the seventeenth and eighteenth centuries, the capitalists in this part of the world are too effete, too tied to landlordism and too weak economically to provide any progressive social movement.

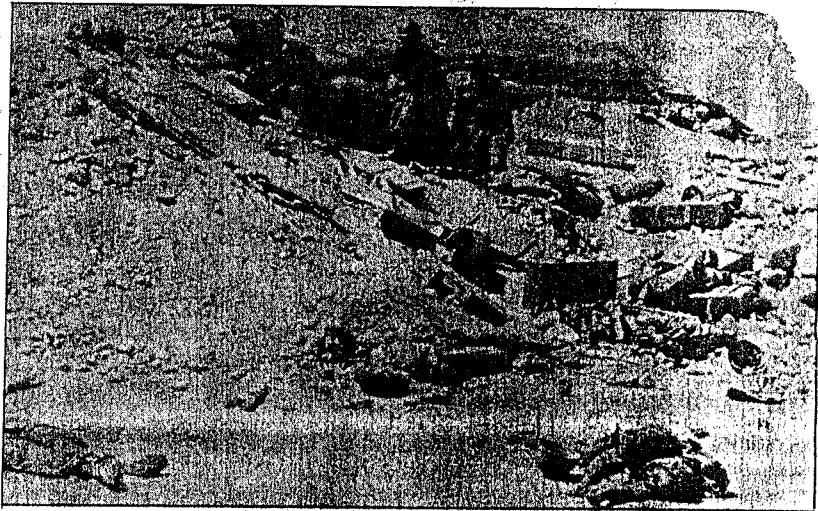
The fundamental historic tasks achieved by capitalism in the West—the establishment of the unified nation-state, land reform, economic modernisation and social progress—these are beyond anything the local ruling classes can gain. They can have no progressive historic role.

All the states to one degree or another are constrained within their national and economic limitations. Syria since the revolutionary movements of the 1960's, has a planned state-owned economy, modelled on the bureaucratically-deformed workers' states of Eastern Europe. But even such so-called 'progressive' states are unable to satisfy the basic needs of the population and they also creak at the seams with their own internal tensions and pressures.

Arab reunification

The only social force in the entire world that is capable of delivering the mass of the Middle East population from the dead-end of capitalism and landlordism is the international labour movement.

The historic goal of the workers' movement must be the reunification of the Arab nation, torn apart and hemmed into artificial states by the Imperialist powers in the past. Such a union is possible in the context of a Socialist Federation of Middle East States, including the autonomous socialist states of Israel and Kurdistan. There cannot be any reunification to the problems



Iran-Iraq war—3½ years duration and half a million dead.

faced by workers and peasants in any single Middle East country, outside of such an international and socialist solution.

A Socialist Federation would incorporate the right of self-determination to all the nations in the area, at the same time providing genuine guarantees to protect the democratic rights of all national and religious minorities. Such a Federation, employing the enormous resources of the Middle East, working in co-operation with a Socialist Europe could swiftly transform society and overcome all the social ills and national contradictions endemic to capitalism.

Power of the working class

The social position of workers and their methods of struggle—strikes, occupations, demonstrations—inevitably raise the questions of workers' democracy and solidarity. Moreover, even in the Middle East, where the workers are a minority within society, their strategic position in the economy gives them a political significance far greater than their numbers alone would suggest.



Destruction in Basra.

The revolution in Iran, demonstrations in Egypt in 1977 and the recent strikes and demonstrations in Tunisia and Morocco show the potential power of the workers, as the strongest force in society.

The seizure of power by the working class in even one Middle East country would alter the whole balance of class forces in the region and internationally. It would transform the whole situation.

A healthy workers' state, basing itself on genuine workers' democracy and internationalism, would rapidly spread its influence, leading to social revolution elsewhere in the Middle East and beyond. That must be the perspective that marxists must have.

The perspective before the mass of the population would be transformed by socialism—from decay to development, from despair to hope. But there is no force capable of achieving such a transformation, other than the in-

ternational labour movement, and a precondition for the achievement of such a goal, is the establishment of Marxist leaderships in the various workers' organisations in the Middle East and internationally.

The instability in the Middle East as a whole is nowhere more evident than in the Lebanon, where it assumes a concentrated form. Splintered by sectarian civil war, unable to reestablish any unity or stability.

Modern Lebanon was always an artificial creation, a product of French Imperialism after World War 1. The Maronite Christian area, which was traditionally an autonomous province within 'Greater Syria', had grafted onto it large chunks of Muslim, 'Syrian' areas (the coast, the North and the Bekaa valley) to form the modern state.

For a brief period after the Second World War, Lebanon managed to achieve a certain degree of stability, based especially on income from commerce and banking.

hardly be a wall left standing that is not pock-marked with the signs of street fighting, hardly a road still open that has not, several times over, been cleared of rubble and the spewings of bomb damage.

On a capitalist basis there is no possibility in the foreseeable future of reunification.



The Iran-Iraq war, First World War type trench warfare.

Syria is entrenched in the North, around Tripoli and in the Bekaa Valley, areas historically more 'Syrian' than Lebanese anyway. To the South, despite the economic costs and growing opposition at home, Israel will probably continue in occupation of a large area for military-strategic reasons. The Maronite Christian enclave in the hinterland around Beirut forms its own little statelet, while the rest of Lebanon is divided between the various sectarian war-lords—Shi'ite, Druze and Christian—holding their own areas with their own militias.

Socialist Federation

The recent conference in Lausanne in Switzerland failed utterly to arrive at any new agreement between the various factions. The Syrian representative tried to save some face for President Gemayel, who in reality only controls a few square miles of Lebanon, but he came up against the irreconcilable opposition of his 'allies' the Druze and Shi'ite representatives.

The former show-piece state of the Middle East, therefore, has been smashed into half a dozen separate pieces.

The whole course of development of the last 8 years, however, would have been entirely different if there had been an independent movement of the working class at the beginning of the civil war in 1975. But because there was no such movement to put its stamp on events, Lebanon as a unitary state has been destroyed. It will now need the intervention of the international labour movement, placing the question of Lebanon in the context of the overall Middle East problem, before any kind of permanent stability can be achieved.

The socialist transformation of Lebanon and a Socialist Federation of Middle East states is now a burning necessity for the solution of the grave social and national problems faced by the mass of the people.

Lebanon became the gateway for the trading and financial connections between the Arab world and the West.

By Arab standards, Lebanon achieved a relatively high degree of prosperity. Beirut boasted the largest number of banks, the best telecommunications, the biggest airline, and all the best and most modern facilities—as befitted the capital of the "Switzerland" of the Middle East.

A decade of civil war

Yet now, after nearly ten years of civil war, Lebanon as a state no longer exists. 100,000 have been killed, countless more maimed and injured. Hundreds of thousands are homeless, many families being made refugees for the fourth or fifth time in a single generation.

Beirut, once a modern thriving city, now has acres of shattered and bombed-out buildings. There can

Golfkrieg

USA raus aus dem

Golf!

Für eine sozialistische Förderung im Nahen Osten!

Schon seit sieben Jahren dauert der blutige Krieg zwischen Iran und Irak an. Jetzt droht mit dem verstärkten Eingreifen der USA im Persischen Golf eine weitere Eskalation des Konfliktes.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nahm der Einfluß des US-Imperialismus im Nahen Osten auf Kosten Großbritanniens massiv zu. In der Rolle des Weltpolizisten stützten sich die USA vor allem auf Israel und auf die Shah-Diktatur im Iran, um die Kontrolle über die Region zu behalten. Damit wurden zum einen gegen die UdSSR gerichtete strategische Interessen verfolgt und zum anderen fast ungehindert die Rohstoffquellen ausgebeutet. In der gesamten Ölindustrie dominierten US-Firmen.

Sturz der Shah-Diktatur

Eine revolutionäre Massenbewegung, unter entscheidender Beteiligung der Arbeiter aus den Ölförderungsgebieten, stürzte im Frühjahr 1979 die verhaßte Shah-Diktatur im Iran. Die fünfstärkste Armee der Welt, die der Shah mit Hilfe der USA aufgebaut hatte, brach unter dem Ansturm der Massen zusammen. Weil eine marxistische Führung der Arbeiterklasse fehlte, blieb die Revolution unvollendet. Die Stalinisten spielten eine verräterische Rolle, indem sie eine sozialistische Revolution verhinderten. Dadurch hatten sie schon früher das reaktionäre Regime der Baath-Partei im Irak an die Macht gelassen. Im Iran unterstützte die stalinistische Tudeh-Partei die islamischen Fundamentalisten unter Führung Khomeinis, die – einmal an der Macht – alles taten, um gestützt auf die Kleinbourgeoisie und politisch rückständige Teile der Bevölkerung den Kapitalismus im Iran aufrechtzuerhalten. Um die Arbeiter und Bauern zu betrügen, bediente sich Khomeini massiver antiamerikanischer Propaganda.

Die wachsende Unruhe dehnte sich in der ganzen Region aus. Die UdSSR marschierte in Afghanistan ein, um ihr dortiges Marionetten-Regime zu stützen.

Irak beginnt den Krieg

Der Irak unter der Diktatur Saddam Husseins wollte die Gunst der Stunde nutzen und die Ölfelder im Süden Irans besetzen. Wohlwollendes Zuschauen des US-Imperialismus begleitete den irakischen Angriff. Auch die russische Bürokratie unterstützte den Irak. Beide Supermächte fürchteten den Zusammenbruch des bestehenden Zustandes und die Entwicklung weiterer revolutionärer Bewegungen in einer Region. Hussein erhoffte einen raschen Sieg, doch er un-

terschätzte die Dynamik einer Revolution. Die iranischen Massen sahen im irakischen Angriff eine Bedrohung ihrer Revolution. Das Khomeini-Regime, das unter dem Deckmantel einer „Islamischen Revolution“ in Wirklichkeit blutige Reaktion betreibt, wurde sogar noch gestärkt, da es unter Hinweis auf den äußeren Feind von inneren Problemen ablenken konnte.

Nach anfänglichen militärischen Erfolgen, aufgrund erheblicher technischer Ausrüstung und einer starken Luftwaffe, befindet sich der Irak jetzt in der schwächeren Position. Im Vergleich zum Irak verfügt der Iran über eine dreimal so starke Bevölkerung und Wirtschaft. Die reaktionären arabischen Regimes und der Imperialismus verstärkten ihre Unterstützung für den Irak. Rüstungsfirmen aus der ganzen Welt erzielten Riesengewinne aus dem Waffenverkauf an beide Seiten. Doch der Hauptgrund für die Weiterführung des Golfkrieges ist der Versuch, ein relatives Gleichgewicht beizubehalten. Die politische Stabilität der ganzen Region wäre durch den Sieg einer Seite bedroht. Das Ende des Krieges, Sieg oder Nie-

derlage egal welcher Seite, wären für die Massen das Signal, sich für die Entbehrungen der letzten Jahre zu rächen. Neue Revolutionen stünden bevor.

Im Irak befinden sich 20% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung im Kriegseinsatz. Die Auslandsverschuldung stieg auf 50 Mrd. Dollar an. Trotz der Steigerung der Erdölexporte mußten 1986 die Wareneinfuhren um 60% gekürzt werden. Und im Iran lebt die Bevölkerung jetzt sogar unter schlimmeren Bedingungen als unter der Shah-Diktatur: Es gibt 50% Inflation und offiziell 26% Arbeitslosigkeit.

Der Krieg kostete inzwischen mehr als eine Million Menschenleben. Im Golf wurden seit 1981 300 Schiffe angegriffen, davon ein Drittel zerstört. 200 Handelsschiffe kamen ums Leben.

Pulverfaß Golf

Alle diplomatischen Versuche, den Krieg zu beenden, sind fehlgeschlagen. Feierliche UN-Resolutionen blieben ein Fetzen Papier. Auch die kürzlich enthüllten amerikanischen Versuche, Kontakte zu „gemäßigten“ Teilen der iranischen Führung aufzubauen, um verloren gegangenen Einfluß zurückzugewinnen, führten nur zu einem politischen Riesenskandal („Iran-gate“).



Irak am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft: die zerstörte Stadt Basra.

Wegen seiner geschwächten Position möchte der Irak eine „Internationalisierung“ des Konflikts. Angeblich um die Schifffahrt im Golf zu sichern, verstärkten die USA ihre militärische Präsenz und ließen kuwaitische Öltanker mit dem Sternenbanner ausflaggen. Der ganze Golf ist im Moment ein Pulverfaß. Ein US-Angriff auf Iran nach dem Muster des Überfalls auf Libyen im letzten Jahr ist nicht ausgeschlossen. Eins ist jedenfalls sicher: Die Instabilität der Region hat ihre Ursache in der völligen Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage Fortschritte zu erzielen. Die einzige Lösung liegt im gemeinsamen Kampf der Arbeiter über die Grenzen hinweg, d.h. Sturz der reaktionären arabischen Regimes, Sturz von Hussein im Irak, Sturz von Khomeini im Iran. Die Arbeiterklasse muß den Übergang zum Sozialismus erkämpfen und eine Sozialistische Förderation des Nahen Ostens durchsetzen.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

Auszug aus einem Brief von einem iranischen Sozialisten:

„Der Iran-Irak-Krieg ist vor sieben Jahren vom Irak angefangen worden, weil Saddam Hussein darauf spekulierte, einige iranische Ölfelder übernehmen zu können.

Im Grunde genommen dient dieser Krieg jedoch den Supermächten, denn es ist in ihrem Interesse, daß die Ölpreise so niedrig wie möglich gehalten werden. Und die Ölpreise sind seit Kriegsbeginn gefallen, da Irak, Iran und die Golfstaaten gezwungen sind, ihr Öl zu verkaufen (auch für Niedrigpreise), um ihre Armeen nachrüsten zu können. Der Krieg muß also im Interesse aller Beteiligten, auch der Waffenlieferanten, weitergehen.“

VORAN

Nr. 94, Okt. 87